



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Landratsvorlage zur Staatsrechnung 2010

Datum: 22. März 2011

Nummer: 2011-080

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

Landratsvorlage zur Staatsrechnung 2010

Bericht zur Staatsrechnung 2010

1.	Vorwort des Regierungsrates	2
2.	Gesamtübersicht	3
3.	Defizitbremse	7
4.	Rahmenbedingungen	7
4.1	Konjunkturelle Rahmenbedingungen	7
4.2	Finanzpolitik des Bundes	9
5.	Neubewertung Vermögenswerte (Restatement)	10
6.	Kantonale Rahmenbedingungen	13
6.1	Neuer Finanzausgleich Kanton – Gemeinden	13
6.2	Einführung von HRM2 bei den Gemeinden	14
7.	Die Staatsrechnung im Überblick	15
7.1	Erfolgsrechnung	15
7.1.1	Aufwand	15
7.1.2	Ertrag.....	21
7.1.3	Funktionale Gliederung	24
7.2	Kreditübertragungen und -verschiebungen.....	26
7.3	Abrechnung der Globalbudgets der Spitalbetriebe	26
7.4	Investitionsrechnung	29
7.5	Interkantonale Zusammenarbeit	32
7.5.1	Bedeutung	32
7.5.2	Leistungsaustausch mit Basel-Stadt	33
7.5.3	Berichterstattung zur Rechnungslegung von interkantonalen Institutionen.....	34
7.6	Kennzahlen	37
7.7	Vermögen und Verbindlichkeiten (Finanzstruktur).....	41
8.	Beteiligungen	43
8.1	Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge aus Beteiligungen	43
8.2	Änderungen bei den Beteiligungen	45
9.	Projektfonds	46
10.	Antrag	47

Bericht zur Staatsrechnung 2010

1. Vorwort des Regierungsrates

Die Staatsrechnung 2010 des Kantons Basel-Landschaft schliesst alles in allem deutlich besser ab, als es das Budget 2010 erwarten liess. Gegenüber dem Budget hat sich der betriebliche Ertrag mit 102.2 Mio. Franken klar stärker erhöht als der betriebliche Aufwand mit 45.7 Mio. Franken. Operativ ist das Ergebnis mit -71.2 Mio. Franken deutlich besser als die budgetierten -115.2 Mio. Franken.

Nach schwarzen Zahlen in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008, dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, als überall Konjunkturprogramme gefordert wurden, haben wir im Herbst 2009 eine Überprüfung der Aufgaben und Ausgaben im Sinne von § 129 Absatz 3 der Kantonsverfassung eingeleitet: **"Alle Aufgaben und Ausgaben sind vor der entsprechenden Beschlussfassung und in der Folge periodisch auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit hin zu prüfen."** Bereits der damals aktuelle Finanzplan 2010-2013 zeigte, dass unser Staatshaushalt strukturell überlastet ist.

Die konkrete Ursache für die strukturelle Überlastung des Finanzhaushaltes ist die Tatsache, dass wir zu viel wollen. Wir planen und realisieren mehr, als wir uns leisten können. Die Politik ist eben auf dauernde Expansion der öffentlichen Leistungen angelegt. Deshalb haben wir im Jahr 2008 die Defizitbremse eingeführt und damit einen wirksamen Präventionsmechanismus geschaffen. Die Defizitbremse sorgt mittelfristig für einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Es ist genau dieser Mechanismus, der uns nun zwingt, die strukturelle Überlastung des Staatshaushaltes mit konkreten Massnahmen anzugehen; wie die letzten Monate gezeigt haben, wirkt sie offensichtlich präventiv.

Die Tatsache, dass der Kanton Basel-Landschaft trotz einer sehr guten Verfassung der Schweizer und der Nordwestschweizer Wirtschaft rote Zahlen schreiben muss und nicht in den Bereich der schwarzen Zahlen zurückkehren kann, verdeutlicht, dass die Baselbieter Staatsfinanzen auf der Aufwandseite strukturell stark überlastet sind. Ein Blick in den Finanzplan 2012 - 2015 zeigt zudem, dass sich diese strukturelle Überlastung beim Aufwand bereits im Jahr 2012 markant verschärfen wird. So muss allein im Bereich der Spitalfinanzierung mit Mehrkosten von rund 90 Millionen Franken gerechnet werden. Damit wird rasch klar, dass die laufende strategische Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben nötiger denn je ist.

Trotz dieser grossen finanzpolitischen Herausforderungen ist die Ausgangslage der Baselbieter Staatsfinanzen und die Standortattraktivität des Kantons nach wie vor gut. Dies wird auch von der Ratingagentur Standard & Poors bestätigt, indem diese im August 2010 den Kanton Basel-Landschaft unverändert mit der Bestnote (AAA, Ausblick stabil) bewertet hat.

Der Regierungsrat wird seinen Weg einer nachhaltigen Finanzpolitik weiter gehen. In den Jahren 2012 bis 2014 müssen gemäss dem Entlastungspaket, welches im Auftrag der Regierung aktuell zusammengestellt und noch im Frühling 2011 der Öffentlichkeit präsentiert wird, 180 Millionen Franken eingespart werden. Der Regierungsrat hofft, bei der Umsetzung der Entlastungsmassnahmen auf die volle Unterstützung des Parlaments und der Bevölkerung zählen zu können.

Der Rechnungsabschluss 2010 fällt mit einem operativen Defizit von 71.2 Millionen Franken besser aus als das Budget 2010 (operatives Defizit von 115.2 Millionen Franken), aber immer noch schlechter als die Rechnung des Vorjahres (operatives Defizit von 40.7 Millionen Franken). Die

deutliche Verbesserung des Staatsrechnungsabschlusses gegenüber dem Budget ist auf die schnellere und kräftigere Erholung der Schweizer Wirtschaft und damit auf über den Erwartungen liegende Erträge bei den Steuern zurückzuführen (Mehrertrag von 66.1 Millionen Franken). Der Mehrertrag bei den Steuern wird teilweise kompensiert durch Mehraufwendungen für Rückstellungen für Prozessrisiken, die Ausfinanzierung von Pensionskassen (BLPK und PKBS) und die Altlastensanierung sowie für verschiedene Positionen beim Transferaufwand (insbesondere verzögerte Übernahme Sekundarschulbauten (Annuitäten, Unterhalt, Mieten), Ergänzungsleistungen zur AHV / IV, Beitrag an das Messezentrum Basel und Prämienverbilligungen).

Die Staatsrechnung 2010 erfüllt die Bestimmungen der Defizitbremse. Es ist ausreichend Eigenkapital vorhanden, um das Defizit der Staatsrechnung decken zu können, ohne dass das Eigenkapital den Wert von 100 Millionen Franken unterschreitet. Die Mehrerträge, die zur Verbesserung der Staatsrechnung geführt haben, haben auch zur Folge, dass statt den budgetierten 95 Millionen Franken nur 48.1 Millionen Franken aus dem Eigenkapital (genau aus der Konjunkturausgleichsreserve) genommen werden müssen, um das Defizit auf eine defizitbremsenkonforme Höhe reduzieren zu können. Das für die Defizitbremse relevante Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2010 326.3 Millionen Franken.

Die Staatsrechnung 2010 ist zum ersten Mal gemäss dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) - einer Fachempfehlung der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz - zusammengestellt. Die neue Darstellung und Berichterstattung führt zu einer höheren Transparenz und ist damit leserfreundlicher, wobei im Übergangsjahr 2010 die Transparenz aufgrund der reduzierten Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr noch eingeschränkt ist. Die Umstellung auf HRM2 hat zur Folge, dass verschiedene Neubewertungen vorgenommen werden müssen. In der vorliegenden Rechnung 2010 ist die erste von drei Etappen bei den Neubewertungen realisiert: Die Positionen im Verwaltungsvermögen (ohne Grundstücke) und die Wertschriften im Finanzvermögen sind neu bewertet.

Der Kanton Basel-Landschaft ist per 2011 - wie am 11. November 2010 publiziert - von den ressourcenstarken Kantonen zu den ressourcenschwachen Kantonen abgestiegen. Unsere Volkswirtschaft hat sich in den Jahren 2003 bis 2007 zwar positiv entwickelt, aber nicht so dynamisch wie bei anderen Geberkantonen. Belief sich der Ressourcenindex des Kantons bis Ende 2010 auf 101.2 Punkte, so beträgt er neu 98.2 Punkte. 100 Punkte sind die Grenze zwischen Geber- und Nehmerkantonen. Der Kanton Basel-Landschaft belegt von 26 Kantonen immer noch den 8. Rang. Er erhält neu 3.1 Mio. Franken Ressourcenausgleich, muss aber immer noch 4.3 Mio. Franken in den NFA-Härteausgleich zahlen; netto ist der Kanton Basel-Landschaft also mit 1.2 Mio. Franken immer noch Geberkanton.

2. Gesamtübersicht

Mit einem Aufwandüberschuss im operativen Ergebnis der Erfolgsrechnung von 71.2 Millionen Franken schliesst die Rechnung 2010 besser ab als budgetiert (Budget 115.2 Millionen Franken). Der Gesamtverlust der Erfolgsrechnung liegt, nach Entnahme aus der Konjunkturausgleichsreserve, bei 29.1 Millionen Franken.

Im Abschluss 2010 wird zum ersten Mal die neue Rechnungslegung gemäss HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden) umgesetzt.

Im Jahr 2002 wurde im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) eine gesamtschweizerische Fachgruppe zur Weiterentwicklung

des Rechnungsmodells eingesetzt. Folgende Rahmenbedingungen sollten dabei berücksichtigt werden:

- Erfahrungen mit dem bisherigen Rechnungsmodell (HRM1 aus dem Jahr 1981)
- Einarbeitung möglicher Einflüsse der IPSAS Richtlinien (International Public Sector Accounting Standards)
- Abstimmung mit dem Neuen Rechnungsmodell des Bundes

Im Jahr 2008 wurden die Vorschläge im Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2 für die Kantone und Gemeinden durch die Finanzdirektorenkonferenz verabschiedet und somit war ein Rechnungslegungsmodell auf der Basis des "True and fair view"-Prinzips für die schweizerischen Gemeinwesen geschaffen worden. Die Erhöhung der Transparenz von Rechnungen öffentlicher Haushalte stand dabei im Vordergrund, nicht zuletzt auch deshalb, weil eine Vergleichbarkeit der Jahresrechnungen von Gemeinwesen durch die Einführung des Neuen Finanzausgleichs enorm an Bedeutung gewonnen hat.

Auch das HRM2 wird weiterentwickelt und laufend verbessert. Dies geschieht im neu geschaffenen Schweizerischen Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP).

Die wesentlichsten Änderungen gegenüber der alten Rechnungslegung bestehen in folgenden Elementen:

- Rückstellungen werden neu über das betreffende Aufwandskonto gebildet (bisher wurden Rückstellungen im Abschreibungsaufwand gebucht).
- Die Verrechnung von Aufwand und Ertrag (Abweichung vom Bruttoprinzip) ist in einigen Fällen zugelassen.
- Die Abschreibungen erfolgen neu linear auf der Basis der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer (bisher 10% vom Restbuchwert).
- Wertschriftenbewertung im Finanzvermögen nach eidgenössischem Steuerwert.
- Einführung eines Eigenkapitalnachweises und einer Mittelflussrechnung.
- Einführung einer flächendeckenden Betriebsbuchhaltung auf Stufe Kostenstelle.

Tabelle 1: Gestufter Erfolgsausweis

in Millionen Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung zu Rechnung 2009		Abweichung zu Budget 2010	
Betrieblicher Aufwand	2'653.3	2'729.5	2'683.8	76.2	3%	45.7	2%
Betrieblicher Ertrag	2'551.6	2'607.1	2'504.9	55.5	2%	102.2	4%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-101.7	-122.4	-178.9	-20.7	20%	56.5	-32%
34 Finanzaufwand	36.4	47.7	26.6	11.3	31%	21.1	79%
44 Finanzertrag	97.4	98.9	90.3	1.5	2%	8.5	9%
Ergebnis aus Finanzierung	61.0	51.1	63.7	-9.9	-16%	-12.6	-20%
Operatives Ergebnis	-40.7	-71.2	-115.2	-30.5	75%	43.9	-38%
38 Ausserordentlicher Aufwand	15.4	22.2	0.0	6.8	44%	22.2	0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	0.3	64.4	95.0	64.1	>100%	-30.6	-32%
Ausserordentliches Ergebnis	-15.2	42.1	95.0	57.3	-377%	-52.9	-56%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-55.9	-29.1	-20.2	26.8	-48%	-8.9	44%

Das Budget 2010 sieht in der ausserordentlichen Stufe der Erfolgsrechnung eine Entnahme aus dem defizitbremsenrelevanten Eigenkapital (Konjunkturausgleichsreserve) von 95 Millionen Franken vor. Das defizitbremsenrelevante Eigenkapital reduziert sich aber lediglich um 48.1 Mil-

lionen Franken (Entnahme aus Konjunkturausgleichsreserve; enthalten im ausserordentlichen Ertrag von 64.4 Millionen Franken).

Table 2: Selbstfinanzierung

in Millionen Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung zu Rechnung 2009		Abweichung zu Budget 2010	
3 Aufwand	2'705.2	2'799.5	2'710.5	94.3	3%	89.0	3%
4 Ertrag	2'649.2	2'770.4	2'690.3	121.1	5%	80.1	3%
Saldo Erfolgsrechnung (Ertrag ./ Aufwand)	-55.9	-29.1	-20.2	26.8	-48%	-8.9	44%
+ 33 Abschreibungen VV	96.6	67.6	91.0				
- 4490 Aufwertungen VV	0.1	0.0	0.0				
+ 383 Zusätzliche Abschreibungen	0.0	0.0	0.0				
+ 351 Einlagen in Fonds und Spez.-Fin. im EK	22.3	0.3	21.5				
- 451 Entnahmen aus Fonds und Spez.-Fin. im EK	-0.7	-10.0	0.0				
+ 389 Einlagen in das Eigenkapital	4.9	5.7	0.0				
- 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital	-0.3	-48.1	-95.0				
Selbstfinanzierung	67.0	-13.6	-2.7	-80.6	-120%	-10.9	402%
5 Investitionsausgaben	209.2	197.9	423.6	-11.3	-5%	-225.7	-53%
6 Investitionseinnahmen	88.8	81.3	197.8	-7.6	-9%	-116.5	-59%
Saldo Investitionsrechnung (Einnahmen ./ Ausgaben)	-120.4	-116.7	-225.9	3.7	-3%	109.2	-48%
+ Selbstfinanzierung	67.0	-13.6	-2.7	-80.6	-120%	-10.9	402%
Finanzierungssaldo (Saldo InvRechnung + Selbstfinanzierung)	-53.3	-130.2	-228.6	-76.9	144%	98.4	-43%
Selbstfinanzierung	67.0	-13.6	-2.7	-80.6	-120%	-10.9	402%
Saldo Investitionsrechnung (Einnahmen ./ Ausgaben)	-120.4	-116.7	-225.9	3.7	-3%	109.2	-48%
Selbstfinanzierungsgrad in %	55.7 %	-11.6 %	-1.2 %				

Im Überblick wird nachfolgend auf die wichtigsten Eckwerte der Staatsrechnung 2010 eingegangen:

Erfolgsrechnung

Folgende Sachverhalte des Geschäftsjahres 2010 beeinflussen das Ergebnis der Erfolgsrechnung massgeblich:

- Mehrertrag des Anteils direkte Bundessteuer von 14.4 Millionen Franken sowie Verrechnungssteuer von 5.9 Millionen Franken
- Mehrertrag bei den vier periodischen Steuern von 61.8 Millionen Franken, davon aus Vorjahren 25.9 Millionen Franken
- Minderertrag bei den Bussen der Polizei von 9.9 Millionen Franken
- Bildung von Rückstellungen u.a. für die Ausfinanzierung von Pensionskassen (PKBS und BLPK) sowie für die Altlastensanierung (20 Millionen Franken)
- Mehraufwand bei den Beiträgen an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV von 10.2 Millionen Franken sowie Krankenkassenprämienverbilligung von 8.6 Millionen Franken
- Wertberichtigung eines Grundstücks im Finanzvermögen von 21.7 Millionen Franken aufgrund von Altlasten
- Verrechnung der budgetierten Abschreibungen von Hochbauten im Verwaltungsvermögen (20 Millionen Franken aus der Migration in die Anlagebuchhaltung) mit der Aufwertungsreserve in der Bilanz

- Mehraufwand bei den Unterhaltsbeiträgen und Annuitätenentschädigungen an die Gemeinden aufgrund der Verschiebung des Zeitpunkts der Übernahme der Sekundarschulbauten (14.4 Millionen Franken)
- Minderaufwand bei den Beiträgen an Investitionen im öffentlichen Verkehr von 13.2 Millionen Franken

Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung werden das budgetierte Ausgabenvolumen um 225.7 Millionen Franken und die budgetierten Investitionseinnahmen um 116.5 Millionen Franken unterschritten. Die daraus resultierenden Nettoinvestitionen liegen um 109.2 Millionen Franken unter dem Budget. Gründe für die Unterschreitung sind hauptsächlich beim Bau der H2 sowie bei der verzögerten Übernahme der Sekundarschulbauten zu finden.

Eigenkapital

Der Eigenkapitalnachweis macht die Veränderung der Eigenkapitalbestandteile inkl. Fonds und Vorfinanzierungen im Eigenkapital transparent. Der Eigenkapitalnachweis zeigt zudem auf, welche Elemente freies Eigenkapital (innerhalb der Defizitbremse) darstellen. Das Eigenkapital ausserhalb der Defizitbremse zeichnet sich durch die Zweckgebundenheit aus. Der bereits mit dem Rechnungsabschluss 2009 publizierte Eigenkapitalnachweis hat Anpassungen erfahren, da diverse Fonds nach einer nochmaligen Überprüfung neu dem Fremdkapital zugewiesen worden sind. Diese Anpassungen haben Auswirkungen auf den Vergleich mit dem Budget (Konti "351 Einlagen in Fonds und Spez.-Fin. im EK").

Tabelle 3: Eigenkapitalnachweis

Eigenkapitalnachweis	in Millionen Franken	31.12.2009	31.12.2010	Abw. abs.
291 Fonds im Eigenkapital		-140.4	-106.0	34.4
	<i>Fonds f. reg. Infrastrukt</i>	-140.4	-106.0	34.4
292 Rücklagen der Globalbudgetbereiche		-10.7	-16.4	-5.7
	<i>Kantonsspital Liestal</i>	-7.0	-9.6	-2.6
	<i>Kantonsspital Bruderholz</i>	-0.2	-1.4	-1.2
	<i>Kantonsspital Laufen</i>	-0.7	-1.2	-0.5
	<i>Kantonale Psych. Dienste</i>	-2.8	-4.2	-1.4
293 Vorfinanzierungen		-117.1	-117.1	0.0
	<i>Neubau KS Bruderholz</i>	-17.1	-17.1	0.0
	<i>Campus FHNW/Uni</i>	-100.0	-100.0	0.0
296 Neubewertungsreserve Finanzvermögen		0.0	-7.0	-7.0
Eigenkapital ausserhalb Defizitbremse		-268.1	-246.5	21.6
295 Aufwertungsreserve Verwaltungsvermögen		0.0	29.1	29.1
Zuweisung in die Position 299		0.0	-29.1	-29.1
298 Konjunkturausgleichsreserve		-220.0	-171.9	48.1
299 Bilanzüberschuss / Bilanzfehlbetrag		-154.4	-154.4	0.0
Eigenkapital innerhalb Defizitbremse		-374.4	-326.3	48.1
29 Eigenkapital		-642.5	-572.8	69.7

Die Rücklagen der Spitalbetriebe erhöhen sich im Umfang von 50% der Globalbudgetunterschreitungen. Der Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben wird zur Finanzierung des Neubaus des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) und des à-fonds-perdu-Darlehens an die Messe CH herangezogen. Im Rahmen der Neubewertung (Restatement) wurden diverse Positi-

onen des Verwaltungsvermögens bilanzwirksam aufgewertet. Die daraus resultierende Aufwertungsreserve wird direkt dem Bilanzüberschuss zugewiesen.

3. Defizitbremse

Dank einer ausreichenden Eigenkapitaldecke im Rahmen der Defizitbremse kann das Defizit gedeckt werden, ohne dass die Limite von 100 Millionen Franken unterschritten wird.

Die Entwicklung des für die Defizitbremse relevanten Eigenkapitals bis Ende 2011 wird in der nachfolgenden Tabelle aufgezeigt:

Tabelle 4: Entwicklung des Eigenkapitals (innerhalb der Defizitbremse)

in Millionen Franken	R 2009	R 2010	B 2011
Operatives Ergebnis (Saldo Erfolgsrechnung)	-55.9	-71.2	-77.1
Freies Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse (per 31.12.)	374.4	326.3	249.2

Das per Ende 2011 prognostizierte Eigenkapital berücksichtigt einen allfälligen Aufwertungsgewinn aus der 2. Etappe der Neubewertung (per 2011) nicht (vgl. Ausführungen in Kapitel 5).

4. Rahmenbedingungen

4.1 Konjunkturelle Rahmenbedingungen¹

Das Jahr 2010 stand aus konjunktureller Sicht im Zeichen einer unerwartet raschen Erholung nach dem Abklingen der weltweiten Finanzmarktkrise. Die aufstrebenden Schwellenländer in Asien und Lateinamerika waren die treibenden Kräfte bei der Wirtschaftserholung. In diesen Ländern ist die entfachte Dynamik derart stark, dass die Regierungen und Notenbanken teilweise bereits Massnahmen zur Beruhigung der Konjunktur ergriffen haben. Diese Politik wird zusammen mit weiteren Schritten zur Eindämmung von Überhitzungstendenzen ab 2011 dämpfend wirken.

Von der wachsenden Binnennachfrage in den Ländern wie China, Indien oder Brasilien profitieren insbesondere auch die exportierenden Industriestaaten (u.a. die Schweiz), welche eine Erhöhung der weltweiten Nachfrage nach ihren Ausfuhren verzeichnen können. Bezogen auf den Europäischen Raum hat vor allem Deutschland ein überraschend starkes Wachstum verzeichnet. Die aus der höheren Exporttätigkeit resultierenden Einkommens- und Arbeitsmarkteffekte stimulieren dabei zusätzlich die Ausgabentätigkeit der privaten Haushalte und stärken den Binnensektor. Ebenfalls für eine Belebung der Binnennachfrage der Industrienationen sorgten die extrem tiefen Zinsen. Gesamthaft kann für 2010 mit einem Wachstum des weltweiten Bruttoinlandsproduktes von rund 3.8% gerechnet werden.

Trotz der unerwartet erfreulichen konjunkturellen Entwicklungen wurde der Verlauf des Jahres 2010 und die weiteren Aussichten durch strukturelle Probleme in den USA und Europa gehemmt. So weisen die USA nach wie vor eine massive private sowie öffentliche Überschuldung aus und dämpfen durch wenig schwungvolle Entwicklungen das weltweite Wirtschaftswachstum. Andererseits akzentuierte sich auch die europäische Schuldenkrise und die Angst vor der möglichen

¹ Quelle: BAK Basel

Zahlungsunfähigkeit einiger EU-Nationen, was zu einem massiven Vertrauensverlust und zu neuen Verwerfungen auf den Finanzmärkten führen kann.

Gestützt auf ein sehr gutes aussenwirtschaftliches Umfeld und eine sehr robuste Binnennachfrage konnte die Schweizer Wirtschaft im vergangenen Jahr ein Wachstum von 2.7 Prozent erreichen. Damit ist die Schweiz eines der wenigen Industrieländer, in welchen die gesamtwirtschaftliche Leistung bereits wieder das Vorkrisenniveau überschritten hat. Neben der Dynamik des Aussenhandels trug vor allem die erstaunlich schnelle Erholung des Privatkonsums und der Konsumentenstimmung dazu bei.

Nachfolgende Tabelle zeigt die für die Budget- und Rechnungserstellung angenommenen volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Seit der Erstellung des Voranschlages 2010 haben sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen deutlich verändert. Dies betrifft vor allem die geschilderte Entwicklung im Jahr 2010. Da zu Beginn des vergangenen Jahres die Anzeichen für eine derart schnelle und kräftige Erholung, wie sie die Schweizer Wirtschaft erlebt hat, noch nicht absehbar waren, fiel der Ausblick 2010 vor Jahresfrist noch deutlich vorsichtiger aus.

Tabelle 5: Volkswirtschaftliche Eckwerte

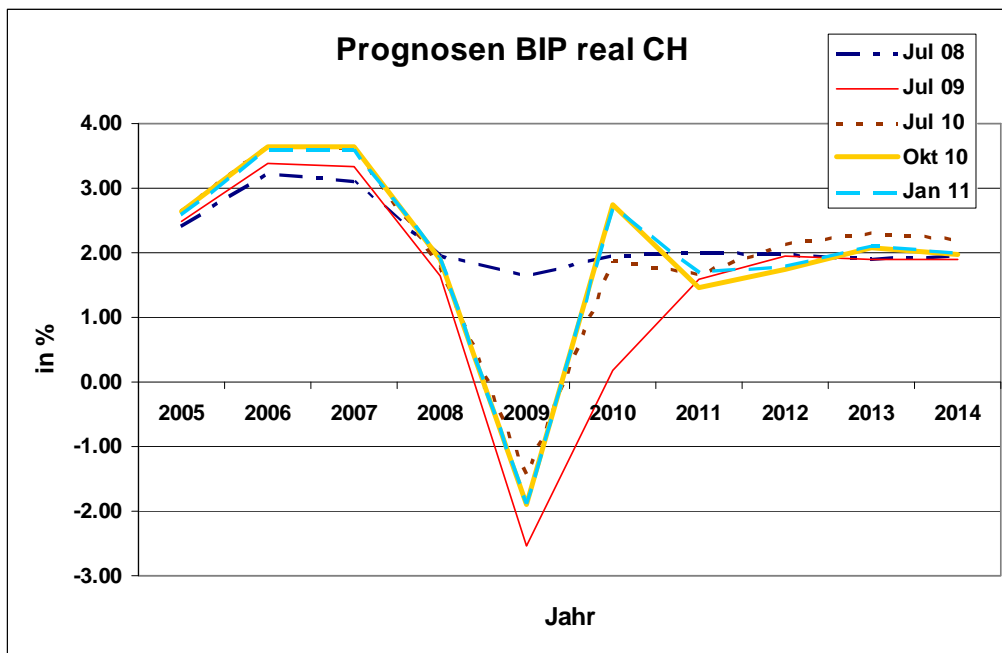
In %	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Plan 2012	Plan 2013
Bruttoinlandsprodukt CH real	0.2	2.7	1.7	1.8	2.1
Bruttoinlandsprodukt BL real	0.3	2.6	1.9	1.7	2.1
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	1.1	0.7	0.9	1.5	1.5
Langfristige Zinsen (Kapitalmarkt)	2.7	1.6	2.3	3.0	3.0
Kurzfristige Zinsen (Geldmarkt)	0.9	0.2	1.0	2.7	2.7

Quelle: BAK BASEL

Die im Jahr 2010 eingetretene konjunkturelle Dynamik ist ein guter Ausgangspunkt für die wirtschaftliche Entwicklung der Folgejahre. Dennoch dürfte das hohe Wachstumstempo nicht beibehalten werden können und sich mittelfristig normalisieren. Insbesondere der durch die Entwicklungen der Schwellenländer starke aussenwirtschaftliche Impuls wird an Kraft verlieren und zu einer Abschwächung der Wachstumsdynamik führen. Neben dem starken Schweizer Franken führt primär der stetige Rückbau temporär stimulierender Faktoren (z. B. expansive Fiskalpolitik, Umschwung im Lagerzyklus) dazu, dass sich die Nachfrage nach Schweizer Exporten in naher Zukunft eher bescheiden entwickeln wird. Erst ab dem Jahr 2012 kann nach aktuellen Prognosen durch die verbesserten Aussichten in der Eurozone ein kräftigerer Anstieg der Wirtschaftsleistung in der Schweiz beobachtet werden. Dies geht gemäss BAK Basel einher mit einer zunehmenden inländischen Nachfrage, einer fortlaufenden Erholung des Arbeitsmarktes und einer Erhöhung des Zinsniveaus.

Der Voranschlag 2010 basierte auf den Wirtschaftsprognosen vom Juli 2009. Diese Prognosen waren mit einer relativ hohen Unsicherheit behaftet und wurden in der Folge wiederholt nach oben korrigiert. Zum Zeitpunkt der Budgetierung bestanden keine Anzeichen dafür, dass sich die Wirtschaft im Jahr 2010 derart schnell und kräftig erholen würde.

Abbildung 1: Entwicklung der Wirtschaftsprognosen.



Quelle: BAK Basel

Die Steuererträge für das Jahr 2010 wurden bei der Erstellung des Budgets im Jahr 2009 auf der Basis der damals aktuellsten Wirtschaftsprognosen budgetiert, und zwar in der Annahme, dass die Finanzkrise und folglich ein wirtschaftlicher Einbruch sich auf die Erträge auswirken würde. Die Prognose für das Bruttoinlandprodukt 2010 (BIP) hat zum Zeitpunkt der Budgetierung einen Tiefstwert von –2.54 Prozent erreicht. Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand vorhersagen, dass das BIP sich so schnell erholen und innerhalb eines Jahres wieder auf einen Wert von 2.7 Prozent ansteigen würde. Es wurde angenommen, dass die volkswirtschaftliche Leistung länger auf einem tiefen Stand bleiben und sich nur langsam steigern würde. Durch die rasche wirtschaftliche Erholung entstanden entgegen allen Annahmen keine Steuerausfälle, sondern es konnten sogar 5% mehr Steuererträge erwirtschaftet werden.

4.2 Finanzpolitik des Bundes

Die Bundesrechnung 2010 steht ebenfalls im Zeichen des überraschend frühen und kräftigen Aufschwungs. Gesamthaft schliesst der Bundeshaushalt das Jahr 2010 mit einem ordentlichen Finanzierungsergebnis von 3.6 Milliarden Franken ab und übertrifft somit das Budget um rund 5.6 Milliarden Franken. Veranschlagt war ein Defizit von 2 Milliarden Franken. Die positive konjunkturelle Entwicklung hat sich insbesondere auf der Einnahmenseite niedergeschlagen, welche das Budget um 4.6 Milliarden Franken übertraf. So konnten vor allem im Bereich der direkten Bundessteuer (+1.4 Mia.) und der Verrechnungssteuer (+1.7 Mia.) bedeutende Mehreinnahmen generiert werden. Gegenüber dem Jahr 2009 verzeichneten die ordentlichen Einnahmen einen Zuwachs von 3.1% (+1.9 Mia.), was in etwa dem nominellen Wirtschaftswachstum von 3% entspricht. Ausgabenseitig wurde das Budget um rund eine Milliarde Franken unterschritten. Im Vergleich zum Vorjahr lag das Ausgabenwachstum mit 1.8% deutlich unter dem Wirtschaftswachstum.

Mit dem Mittelfluss aus dem Einnahmenüberschuss konnte die verzinsliche Schuld des Bundes um rund 2 Milliarden Franken abgebaut werden. Diese summiert sich nun auf rund 110 Milliarden Franken.

Der positive Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres beeinflusst auch den Finanzplan 2012-2014 des Bundes. So wurde aufgrund der überraschend guten Ergebnisse eine Aktualisierung der Einnahmenprognose vorgenommen, da sich die Mehreinnahmen im Jahr 2010 auch auf das Budget 2012 und die Folgejahre auswirken. Entgegen dem erwarteten strukturellen Defizit resultiert im Jahr 2012 nun voraussichtlich ein struktureller Überschuss von rund 1 Milliarde Franken. In den weiteren Jahren des Finanzplanes bleibt der Haushalt hingegen knapp schuldenbremsenkonform. Daher erachtet es der Bundesrat als unabdingbar, dass das Konsolidierungsprogramm 2012-2013 zu einem grossen Teil umgesetzt wird. Vorläufig zurückgestellt werden nur kurzfristig realisierbare Massnahmen der Aufgabenüberprüfung im Umfang von rund 280 Millionen Franken.

5. Neubewertung Vermögenswerte (Restatement)

Der Abschluss 2010 ist der erste Abschluss nach neuer Rechnungslegung HRM2 (Fachempfehlung der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz) und auf dem neuen ERP-System SAP. Die neue Rechnungslegung zusammen mit der neu gestalteten Berichterstattung führen zu mehr Transparenz und zu einer Verwesentlichung der Informationen. Der Abschluss wird in derselben Form präsentiert wie der Voranschlag. Mit der durchgängigen Strukturierung des Abschlusses auf der Basis der Profitcenter-Struktur (Dienststellen) und den zusätzlichen Informationen (Angaben zu den Aufgaben und Zielsetzungen, zum Stellenplan und zu den Transfers und Verpflichtungskrediten) wird die Transparenz stark erhöht. Im Anhang zum Abschluss werden neu die Abschlüsse der Fonds und Vorfinanzierungen inklusive Budget aufgeführt.

Im Rahmen des Projekts „Restatement“ (Neubewertung Vermögenswerte) wurden zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit Bewertungen des Finanz- und Verwaltungsvermögens behandelt. Im Laufe der Arbeiten zeigte sich, dass nicht die ganze Neubewertung (Restatement) mit dem Abschluss 2011 vorgenommen werden kann. Vor allem die Neubewertung des Finanzvermögens (es handelt sich insgesamt um rund 1'000 Objekte) benötigt mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Insbesondere soll das bis heute in der Staatsbilanz nicht enthaltene Finanzvermögen (das sog. Treuhänderische Liegenschaftsvermögen) zu Verkehrswerten bewertet und bilanziert werden. Der Regierungsrat hat beschlossen, dass die Neubewertung in 3 Etappen durchgeführt wird:

1. Etappe: Neubewertung der Positionen im Verwaltungsvermögen mit dem Rechnungsabschluss 2010 (ohne Grundstücke) und Neubewertung der Wertschriften im Finanzvermögen.
2. Etappe: Neubewertung der Grundstücke im Verwaltungsvermögen frühestens mit dem Rechnungsabschluss 2011.
3. Etappe: Neubewertung der Immobilien im bilanzierten Finanzvermögen und Bilanzierung sowie Neubewertung der Immobilien im Treuhänderischen Liegenschaftsvermögen mit dem Rechnungsabschluss 2013.

Gemäss Fachempfehlung werden die Wertveränderungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens im Übergang zum HRM2 mit Buchungen in der Bilanz nachvollzogen; die Erfolgsrechnung ist davon nicht betroffen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, welche Wertveränderungen aus der 1. Etappe der Neubewertung im Abschluss 2010 resultieren.

Table 6: Ergebnisse der Neubewertung aus der 1. Etappe

VERWALTUNGSVERMÖGEN	Aufwertung (in Mio. Fr.)
Hochbauten Verwaltungsvermögen: Abwertung der Hochbauten der Schlösser, Ruinen, Denkmäler etc.	-5.5
Abwertung von Hochbauten aufgrund der Migration (Entlastung Erfolgsrechnung 2010)	-20.0
Diverse Sachanlagen Verwaltungsvermögen: Aufwertung im Amt für industrielle Betriebe auf betriebswirtschaftliche Werte	15.6
Beteiligungen Verwaltungsvermögen: Aufwertung diverser Beteiligungen auf Nominalwert	39.0
TOTAL AUFWERTUNG PER 31.12.2010	29.1

FINANZVERMÖGEN	Neubewertung (in Mio. Fr.)
Wertschriften Finanzvermögen: Neubewertung von Obligationen und Aktien (gemäss SGS 310 §16 Abs.3)	7.0
TOTAL NEUBEWERTUNG PER 31.12.2010	7.0

Die Neubewertungsreserve aus dem Finanzvermögen wird als Schwankungsreserve für zukünftige Wertberichtigungen des Finanzvermögens aufrechterhalten.

Die Aufwertungsreserve resultiert aus Neubewertungen des Verwaltungsvermögens, das in der Vergangenheit zu Lasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben worden war. Aus diesem Grund ist es richtig, dass die Aufwertungsreserve dem freien Eigenkapital zugewiesen wird.

Aufgrund der Neubewertung (Restatement) ergeben sich auch Änderungen in der Rechnungslegung. Es handelt sich um Fragestellungen, welche in der Fachempfehlung zum HRM2 nicht abschliessend geklärt sind und daher einer Konkretisierung bedürfen.

Entnahmen aus Vorfinanzierungen und Fonds für Investitionen:

Neu werden die Entnahmen aus Vorfinanzierungen nicht mehr in der Investitionsrechnung als Investitionseinnahmen verbucht, sondern sie werden in der Erfolgsrechnung zur Glättung der entsprechenden jährlichen Abschreibungen verwendet.

Die Investitionsausgaben in der Investitionsrechnung werden brutto verbucht (ohne Berücksichtigung der Entnahmen aus Fonds). Ab Inbetriebnahme der Anlage wird der jährliche Abschreibungsbetrag jeweils durch die Entnahme aus dem Fonds kompensiert. Somit werden die Abschreibungen über die Rechnungsjahre der Lebensdauer geglättet bzw. im Ertrag ausgeglichen. Die Verbuchung der Entnahmen erfolgt also in der Erfolgsrechnung, analog der früheren Bildung des Fonds. Bei dieser Variante besteht Transparenz bezüglich der betriebsnotwendigen Abschreibungen und damit über die effektiven Nachfolgekosten einer Investition.

Von dieser Regelung ausgenommen sind die Finanzflüsse im Zusammenhang mit dem H2-Fonds. Die neue Regelung würde die Transparenz betreffend der befristeten Erhöhung der Verkehrssteuer und der anfallenden Bundesbeiträge vermindern. Da der UKBB-Neubau praktisch fertig abgerechnet ist, wird die diesbezügliche Entnahme aus dem Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben noch nach bisheriger Methode über die Investitionsrechnung verbucht.

Zuweisung von Fonds und Vorfinanzierungen zum Fremd- oder Eigenkapital:

Die Fonds und Vorfinanzierungen müssen gemäss HRM2 dem Fremd- oder Eigenkapital zugewiesen werden. Die mit dem Voranschlag 2010 vorgenommene Zuweisung wurde im Rahmen der Neubewertung (Restatement) noch einmal überprüft und angepasst. Die Zuweisung der Fonds und Vorfinanzierungen präsentiert sich wie folgt:

Tabelle 7: Zuweisung der Fonds und Vorfinanzierungen zum Fremd- oder Eigenkapital

BK	Bezeichnung	Vorfinanzierung / Fonds	FK/EK
901	Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben	Fonds	EK
902	Schulbauten	Fonds	FK
904	Neubau Kantonsspital Bruderholz	Vorfinanzierung	EK
907	Campus FHNW / Uni	Vorfinanzierung	EK
908	Fonds zur Förderung des Wohnungsbaues	Fonds	FK
909	Wirtschaftsförderungsfonds	Fonds	FK
910	Ausgleichsfonds	Fonds	FK
911	Winkelriedfonds	Fonds	FK
912	Lotterie-Fonds	Fonds	FK
913	Handschin-Stiftung	Fonds	FK
914	Sport-Fonds	Fonds	FK
915	Ruhegehälter	Fonds	FK
916	Fonds Bau H2	Fonds	FK
917	Fonds Sicherstellung Deponie Elbisgraben	Fonds	FK
918	Fonds Bundessubvention für KVA Basel	Fonds	FK
919	Fischhegefonds	Fonds	FK
920	Tierseuchenkasse	Fonds	FK
921	Kirchengut	Fonds	FK
924	Konjunkturausgleichsreserve	Vorfinanzierung	EK
925	Projektfonds	Fonds	FK
926	Trinkwasserschutz	Fonds	FK

6. Kantonale Rahmenbedingungen

6.1 Neuer Finanzausgleich Kanton – Gemeinden

Der innerkantonale Finanzausgleich soll gemäss §134 der Kantonsverfassung „ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung sowie in den Leistungen der Gemeinden“ gewährleisten. Tatsächlich sind die Steuerbelastungsunterschiede zwischen den Gemeinden gering. 2010 lagen die Steuerfüsse für natürliche Personen in einer Bandbreite von 42% bis 68% (=26 Prozentpunkte). Für 74 von 86 Gemeinden lagen die Steuerfüsse gar in einer Bandbreite von 50% bis 65% (=15 Prozentpunkte); unter Einbezug der Staatssteuer lagen die Steuerfüsse in einer Bandbreite von 10% (150% bis 165%).

Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz vom 25. Juni 2009, welches der Regierungsrat auf den 1. Januar 2010 in Kraft setzte, wurden die Finanzströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden neu geregelt. Die Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes wurde für den Kanton und die Gemeinden bewusst kostenneutral ausgestaltet. Dies bedeutet, dass Verschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden ausgeglichen wurden. Die Abgeltungen der Gemeinden an den Kanton für die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs und die Beiträge an die Tarifverbund-Abonnemente sowie an die Jugendhilfe entfielen gänzlich. Der Gemeindeanteil an den Ergänzungsleistungen wurde von 56.6% auf 32% gesenkt. Des Weiteren wurden die bisherigen Subventionen durch den Kanton an die Löhne der kommunalen Lehrpersonen und Schulsekretariate nicht mehr ausgerichtet. Dafür leistet der Kanton neu diverse Sonderlastenabgeltungen an die Gemeinden, und der ungebundene Finanzausgleich wird nicht mehr vom Kanton ausgerichtet, sondern als horizontaler Ausgleich zwischen den Gemeinden ausgestaltet.

Der neue Finanzausgleich hat folgende vier Eckpfeiler:

1. *Horizontaler Finanzausgleich*

Der eigentliche Finanzausgleich wird nicht mehr vom Kanton ausgerichtet, sondern ist als horizontaler Ausgleich zwischen den Gemeinden ausgestaltet: Die finanzkräftigen Gemeinden finanzieren die finanzschwachen Gemeinden. Die Ausgleichszahlungen bemessen sich aufgrund der Steuerkraft. Diese sind unabhängig von irgendwelchen Lasten oder von den Steuerfüssen und -sätzen einer Gemeinde. Im Jahr 2010 wurden 67 Millionen Franken von den finanzstarken zu den finanzschwachen Gemeinden umverteilt.

Das neue Finanzausgleichsgesetz hat bereits im Einführungsjahr 2010 zu einer unerwartet hohen Finanzabschöpfung bei den finanzstärksten Gemeinden im Umfang von 19,9% ihrer Steuerkraft geführt. Dieser Effekt ist aufgrund der nicht vorhersehbaren grossen Streuung der kommunalen Steuerkraft im Jahre 2009 entstanden. In der Landratsvorlage 2009-078 vom 24. März 2009 hat man für die Modelljahre 2006 - 2009 den sogenannten Abschöpfungssatz bei 12% - 14% errechnet. Die nun effektiv erfolgte Abschöpfung von knapp 20% bei den finanzstärksten Gemeinden belastet das Solidarsystem "Finanzausgleich" über Gebühr und ruft nach einer Korrektur. Dies verdeutlichen auch die Beschwerden, die von sieben beitragsleistenden Gemeinden beim Kantonsgericht eingereicht worden sind. Die vorberatende Konsultativkommission "Aufgabenteilung und Finanzausgleich" hat der Regierung folgenden kurzfristigen Anpassungsvorschlag unterbreitet:

"Damit die beitragsleistenden Einwohnergemeinden nicht über Gebühr belastet werden, darf deren Pro-Kopf-Anteil nicht mehr als einen in der Verordnung festgelegten Prozentsatz ihrer Steuerkraft betragen. Übersteigende Teile tragen die beitragsempfangenden Einwohnergemeinden anteilmässig nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl [...]."

Der Regierungsrat hat diesen Vorschlag am 21.12.2010 in die Vernehmlassung gegeben. Die Anpassung soll erstmals für den Finanzausgleich 2012 wirksam werden. Es ist davon auszugehen, dass die Verordnung den maximalen Abschöpfungssatz etwa bei 15 - 19% festlegen wird. Würde der maximale Abschöpfungssatz zum heutigen Zeitpunkt festgesetzt, würde man ihn wahrscheinlich bei 17% festlegen. Die vorgeschlagene Gesetzesrevision ist für den Kanton und die Gesamtheit der Gemeinden kostenneutral.

2. Sonderlastenabgeltungen

Gemeinden, die in einem kostenmässig relevanten Bereich überdurchschnittliche Belastungen aufweisen, werden durch eine Sonderlastenabgeltung angemessen vom Kanton entschädigt. Die Sonderlastenabgeltungen sind so konzipiert, dass nicht die effektiv anfallenden Kosten ausgeglichen werden. Die einzelnen Sonderlastenabgeltungen bestimmen sich anhand von Masszahlen, die einerseits einen hohen Zusammenhang mit den Kosten haben, andererseits aber von Seiten der Gemeinden nicht beeinflusst werden können. Somit ist garantiert, dass die Anreize für eine möglichst effiziente Erfüllung der Aufgaben gegeben sind. Es gibt Sonderlastenabgeltungen für die Bereiche Bildung, Sozialhilfe und Nicht-Siedlungsflächen sowie eine kumulierte Sonderlastenabgeltung. Im Jahr 2010 hat der Kanton Sonderlastenabgeltungen im Betrag von 22.8 Millionen Franken ausgerichtet.

3. Zusatzbeiträge

Der zusätzliche Ausgleich durch die Zusatzbeiträge stellt neben dem horizontalen Finanzausgleich eine zweite Ressourcenverteilung dar. Diese ist notwendig, weil sonst die Finanzversorgung der 36 steuerkraftschwächsten Gemeinden gegenüber dem alten Finanzausgleich über Gebühr reduziert worden wäre. Eine einzelne Gemeinde erhält maximal einen Zusatzbeitrag von 200'000 Franken. Alimentiert werden die Zusatzbeiträge (wie auch die Einzelbeiträge) aus dem Ausgleichsfonds, der von den Gemeinden gemäss ihrer Einwohnerzahl geäufnet wird. Im Jahr 2010 wurde der gesetzliche Maximalbetrag von 5.4 Millionen Franken an Zusatzbeiträgen ausgerichtet. Es erfolgte gleichzeitig eine Einlage in den Ausgleichsfonds von 5.4 Millionen Franken (entspricht Fr. 19.20 pro Einwohner).

4. Einzelbeiträge

Einzelbeiträge können auf Gesuch hin ausgerichtet werden, wenn die Gemeinde eine notwendige Aufgabe nicht erfüllen könnte oder die Steuern oder Gebühren unzumutbar angehoben werden müssten. Die Gewährung eines solchen Beitrags setzt eine umfassende Analyse des gesamten Finanzhaushalts der betroffenen Gemeinde voraus. Im Jahr 2010 wurden Einzelbeiträge in der Höhe von 0.7 Millionen Franken ausbezahlt. Das Fondsvermögen des Ausgleichsfonds belief sich per Ende 2010 auf 8.3 Millionen Franken.

6.2 Einführung von HRM2 bei den Gemeinden

Die Schweizerische Finanzdirektorenkonferenz hat das "Harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2)" anfangs 2008 verabschiedet. Es wird empfohlen, das HRM2 innerhalb von 10 Jahren umzusetzen. In den meisten Kantonen ist die Umsetzung von HRM2 für die Staats- und die Gemeinderechnungen in den nächsten Jahren geplant; in einzelnen Kantonen ist sie bereits umgesetzt. Die wichtigste Änderung von HRM2 ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise: Die Vermögenswerte sollen entsprechend ihrem effektiven Wert in der Bilanz abgebildet sein. Damit erhält der Bürger mit der Jahresrechnung ein wahrheitsgetreues Abbild der finanziellen Situation seiner Gemeinde, ebenfalls resultiert eine verbesserte Vergleichbarkeit unter den Kantonen und Gemeinden.

Die Einführung von HRM2 für die Baselbieter Gemeinden bedingt eine Revision der Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden (Gemeindefinanzverordnung, SGS 180.10). Der Regierungsrat hat Mitte 2009 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Auftrag hat, den Entwurf einer revidierten Gemeindefinanzverordnung auszuarbeiten. In der zweiten Jahreshälfte 2010 hat die Anhörung bei den Gemeinden stattgefunden. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus sieben Gemeindevertretern und drei Kantonsvertretern, hat die Ergebnisse der Gemeindeanhörung gesichtet. Sie hat diverse Anregungen der Gemeinden aufgenommen. Wichtigste Änderung gegenüber dem Anhörungsentwurf ist der Einführungszeitpunkt von HRM2: HRM2 soll für die Einwohnergemeinden erst ab dem Jahr 2014 gelten. Damit erhalten die Gemeinden und ihre Softwarelieferanten ausreichend Zeit für die umfangreichen Umstellungsarbeiten.

7. Die Staatsrechnung im Überblick

7.1 Erfolgsrechnung

7.1.1 Aufwand

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandkategorien im Vergleich mit der Rechnung 2009 und des Budgets 2010 ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Insgesamt nimmt der Aufwand um 89 Millionen Franken oder 3% gegenüber dem Budget zu.

Tabelle 8: Laufender Aufwand nach Kontogruppen

in Millionen Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Budget 2010	Abw. vom Budget	
30	Personalaufwand	988.5	1'022.0	1'009.9	12.1	1%
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	341.3	392.4	385.6	6.8	2%
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	96.6	67.6	91.0	-23.4	-26%
34	Finanzaufwand	36.4	47.7	26.6	21.1	79%
35	Einlagen in Fonds und Spez.-Finanz.	22.4	22.8	21.6	1.2	5%
36	Transferaufwand	1'103.7	1'119.7	1'080.5	39.2	4%
37	Durchlaufende Beiträge	84.3	89.6	79.6	10.0	13%
38	Ausserordentlicher Aufwand	15.4	22.2	0	22.2	0%
39	Interne Verrechnungen	16.6	15.5	15.6	-0.2	-1%
Gesamttotal Aufwand		2'705.2	2'799.5	2'710.5	89.0	3%

Personalaufwand

- Ohne Berücksichtigung der Äufnung der Rückstellungen für die höheren Verpflichtungen im Hinblick auf die Ausfinanzierung der BLPK (30 Millionen Franken) wird der Personalaufwand um 17.9 Millionen Franken unterschritten.
- Budgetunterschreitungen resultieren in der BKSD aufgrund einer tieferen Anzahl von Klassen, einer kostengünstigeren Entwicklung bei der Altersstruktur und aufgrund von weniger Stellvertretungen.
- Budgetunterschreitungen resultieren auch aufgrund von Vakanzen bei Stellenwiederbesetzungen (z.B. bei der Steuerverwaltung und bei den Untersuchungsrichterämtern).

Entwicklung der Vollstellen

Für das Jahr 2010 wurden mit dem Sollstellenplan 2010 für die gesamte Verwaltung (inkl. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, Spitalbetriebe, refinanzierte Stellen KIGA und Lehrpersonen) 7'396.9 Vollstellen budgetiert. Die Stichtagerhebung weist aus, dass davon per 31.12.2010 7'357.8 Vollstellen besetzt und 39.1 Vollstellen vakant waren (0.5%).

Verwaltung im engeren Sinn:

Der Soll-Stellenplan der Verwaltung im engeren Sinn veranschlagte für 2010 2'384.5 Vollstellen. Davon waren über alle Direktionen betrachtet am Stichtag 31.12. insgesamt 85.5 Vollstellen bzw. 3.6% nicht besetzt.

Stellen ausserhalb des Sollstellenplans:

Die Spitalbetriebe planten für 2010 mit 3'056.9 Vollstellen. Die Kantonsspitäler Liestal und Bruderholz sowie die Kantonalen Psychiatrischen Dienste weisen am Stichtag 31.12. um 53.9 Vollstellen höhere Personalbestände aus; das Kantonsspital Laufen hat 0.6% oder 1.2 Vollstellen seiner budgetierten Stellen nicht besetzt. Bei den Gerichten sind 3.2 Vollstellen bzw. 1.4% ihrer Stellen unbesetzt. Bei den vom Bund refinanzierten Stellen beansprucht das KIGA von insgesamt 172.4 Vollstellen 16.6% oder 28.6 Vollstellen weniger.

Bei den Lehrpersonen sind am Stichtag 24.3 Vollstellen bzw. 1.6% Stellen mehr besetzt als geplant, dies aufgrund von Absenzen infolge Krankheit, Unfall und Mutterschaften.

Table 9: Entwicklung der Vollstellen

Organisationseinheit	Soll-Stellenplan 2009	Besetzte Stellen per Stichtag 31.12.2010	Soll-Stellenplan 2010	Differenz-Soll-Stellenplan / Stichtag
Kantonale Behörde*	27.3	37.2	37.9	-0.7
FKD*	290.6	282.9	313.3	-30.4
VGD (ohne refinanz. Stellen KIGA und Spitalbetriebe)	169.4	161.8	176.0	-14.2
BUD	443.9	454.2	462.2	-8.0
SID	953.0	946.6	973.2	-26.6
BKSD (ohne Lehrpersonen)	390.0	416.4	421.9	-5.5
Total (Soll-Stellenplan)	2'274.2	2'299.0	2'384.5	-85.5
ausserhalb Soll-Stellenplan				
Gerichte und Strafverfolgungsbehörden	218.3	232.9	236.1	-3.2
VGD Spitalbetriebe	3'111.0	3110.8	3'056.9	53.9
VGD refinanz. Stellen KIGA	149.7	143.8	172.4	-28.6
BKSD Lehrpersonen	1'575.8	1'571.3	1'547.0	24.3
TOTAL ZU-/ABNAHMEN VOLLSTELLEN	7'329.0	7'357.8	7'396.9	-39.1

* Organisatorischer Wechsel der Finanzkontrolle von der Finanz- und Kirchendirektion zur Kantonalen Behörde per 1.1.2010 (10.8 Vollstellen).

Entwicklung Sollstellen und besetzte Vollstellen per Stichtag 2007-2010

Der Sollstellenplan sah über den betrachteten Zeitraum eine Zunahme von 316.7 Vollstellen (4.5%) vor. Die per Stichtag betrachtete Stellenentwicklung 2007-2010 weist im Vergleich dazu eine Stellenzunahme von insgesamt 296.4 Vollstellen aus, was einer Zunahme von 4.2% entspricht. Während die geplanten Personalbestände in den Jahren 2008 und 2009 zum Zeitpunkt des 31.12. von den tatsächlich besetzten Stellen um 1.1% bzw. 1.3% überschritten wurden, waren die budgetierten Stellen am 31.12. der Jahre 2007 und 2010 um 0.3% bzw. 0.5% weniger ausgeschöpft. Die Betrachtung der Stellenbestände der Verwaltung im engeren Sinn und der Bereiche ausserhalb des Soll-Stellenplans zeigen dabei ein differenziertes Bild.

Verwaltung im engeren Sinn:

Über die betrachteten vier Jahre stieg der Personalbedarf der Verwaltung im engeren Sinn von 2'362.1 Vollstellen um 22.4 Vollstellen auf 2'384.5 Vollstellen an, was einer Erhöhung von 0.9% entspricht. Dabei handelt es sich um den Stellenplan, der vom Regierungsrat beschlossen wird. Im Durchschnitt waren jährlich rund 80 Vollstellen oder 3.4% des budgetierten Stellenbestandes bei Stichtagsbetrachtung am 31.12. vakant. Die Jahre 2007 mit 92.4 nicht besetzten Vollstellen (-3.9%) und 2009 mit 59.1 Vakanzten (-2.5%) weisen die grösste bzw. die geringste Abweichung aus, während 2008 mit 82.7 nicht besetzten Vollstellen (-3,6%) und 2010 mit 85.5 vakanten Vollstellen (-3.6%) nahe beim Durchschnittswert liegen.

Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans:

Die Stellenbestände der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, der Spitalbetriebe, der refinanzierten Stellen KIGA sowie der Lehrpersonen machen zusammen rund zwei Drittel des gesamten kantonalen Stellenbestandes aus. Der budgetierte Stellenbedarf von 2007-2010 erhöhte sich um 294.3 Vollstellen oder 6.2% von 4'718.1 auf 5'012.4 Vollstellen. Im Durchschnitt waren am Stichtag 31.12. 110 Vollstellen zu viel oder 2.3% über dem budgetierten Stellenbestand besetzt. Die Jahre 2007 und 2010 mit 73.6 (1.6%) bzw. 46.4 (0.9%) zusätzlich besetzten Vollstellen weisen geringere Überschreitungen aus gegenüber den Jahren 2008 und 2009 mit 163.7 (3.4%) und 156.6 (3.2%) über dem budgetierten Bedarf liegenden bzw. zusätzlich besetzten Vollstellen.

Diese Stellenzunahme ergibt sich aus unterschiedlichen Bestandesänderungen in den betreffenden Organisationen. Bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden wurde der Stellenbestand im Zeitraum 2007-2010 um 7.6% von 219.4 Vollstellen auf 236.1 Vollstellen erhöht. Im Durchschnitt wurde der budgetierte Personalbedarf bei Stichtagsbetrachtung jährlich um 7.1 Vollstellen bzw. 3.1% unterschritten. Die Spitalbetriebe erhöhten ihren Personalbestand über die Betrachtungsdauer insgesamt um 192.1 Vollstellen (6.7%) auf 3'056.90 Vollstellen. Durchschnittlich zeigt die Stichtagsbetrachtung eine Überschreitung des budgetierten Personalbedarfs um 2.6% oder 77.2 zusätzlich besetzte Vollstellen. In engem Zusammenhang mit der vergangenen und zukünftigen Wirtschaftslage steht die Entwicklung der KIGA-Stellen. In den Jahren 2007-2010 wurde der budgetierte Personalbedarf von 130.5 Vollstellen insgesamt um 41.9 Vollstellen (32.1%) auf 172.4 Vollstellen erhöht. Die Stichtagserhebungen bestätigen den variierenden Bedarf der einzelnen Jahre wie folgt: Unterschritten wurde der Bedarf in den Jahren 2007, 2008 und 2010 um 7.0%, 5.9% und 16.6% während im Jahr 2009 dem geplanten Personalbedarf von 118.2 Vollstellen am Stichtag betrachtet 149.7 besetzte Vollstellen gegenüber standen, was einer Überschreitung um 31.5 Vollstellen bzw. 26.6% entspricht. Bei den Lehrpersonen war der Personalbedarf im Jahr 2010 mit 1'547 Vollstellen um insgesamt 43.6 Vollstellen höher als im Jahr 2007 (1'503.4 Vollstellen), was einem Ausbau von 2.9% entspricht. Die Stichtagserhebungen der Jahre 2007-2010 weisen insgesamt 173.3 zusätzlich besetzte Vollstellen aus, was einer durchschnittlichen jährlichen Überschreitung von 43.3 Vollstellen (2.8%) entspricht, wobei in den Jahren 2008 mit

64.5 Vollstellen (4.3%) und 2010 mit 24.3 Vollstellen (1.6%) die grösste bzw. die geringste Abweichung verzeichnet wurde.

Abbildung 2: Entwicklung Sollstellen und besetzte Vollstellen per Stichtag 31.12.

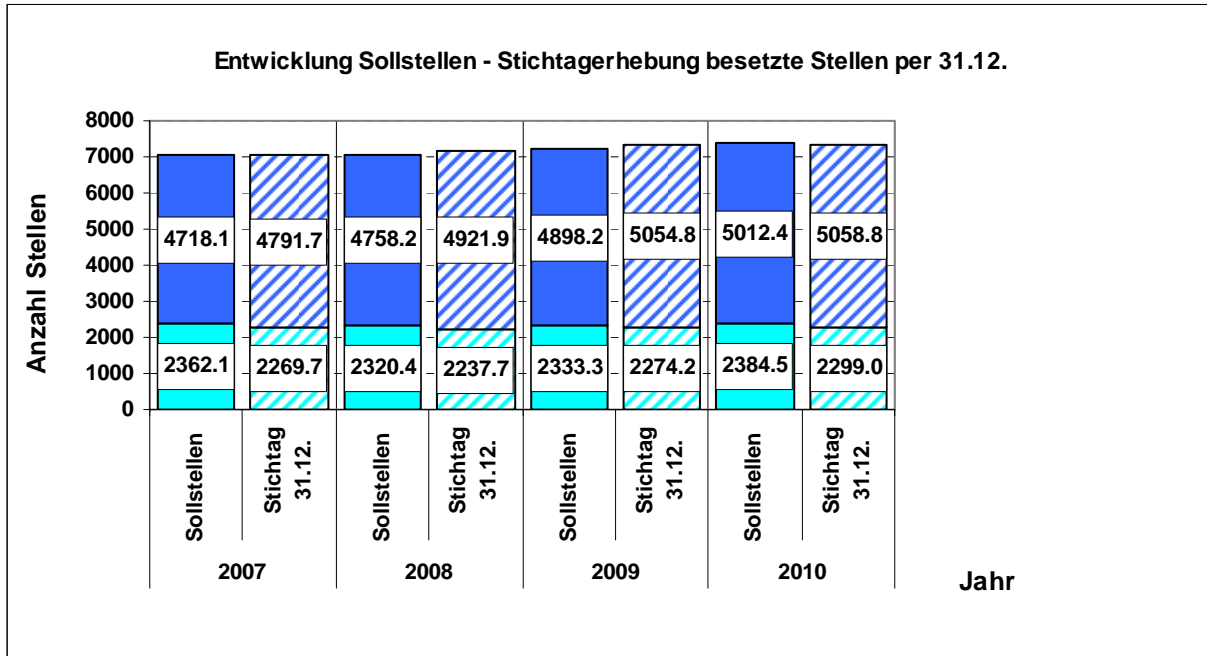


Tabelle 10: Stellenentwicklung 2007-2010

	Vollstellen Stichtag 31.12.2007	Vollstellen Stichtag 31.12.2008	Abw. 07/08 in %	Vollstellen Stichtag 31.12.2009	Abw. 08/09 in %	Vollstellen Stichtag 31.12.2010	Abw. 09/10 in %	Abw. 07/10 in %
Total innerhalb Soll-Stellenplan (Verwaltung im engeren Sinn)	2'269.7	2'237.7	-1.4	2'274.2	1.6	2'299.0	1.1	1.3
Gerichte	214.4	221.4	3.3	218.3	-1.4	232.9	6.7	8.6
Spitalbetriebe	2'907.8	3'018.3	3.8	3'111.0	3.1	3'110.8	0.0	7.0
refinanzierte Stellen KIGA	121.4	114.3	-5.8	149.7	31.0	143.8	-3.9	18.5
BKSD Lehrpersonen	1'548.1	1'567.9	1.3	1'575.8	0.5	1'571.3	-0.3	1.5
Total ausserhalb Soll-Stellenplan	4'791.7	4'921.9	2.7	5'054.8	2.7	5'058.8	0.1	5.6
Total Stellenveränderung	7'061.4	7'159.6	1.4	7'329.0	2.4	7'357.8	0.4	4.2

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand ergeben sich folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Voranschlag:

- Der Material- und Warenaufwand nimmt um 3.6 Millionen Franken ab.
- Beim medizinischen Material in den Spitalbetrieben wurde 4.5 Millionen Franken mehr ausgegeben als budgetiert war.
- Da sich die Übernahme der Sekundarschulbauten und –anlagen auf das Jahr 2011 verschiebt, wurden 2 Projekte im Hochbauamt nicht realisiert, der Minderaufwand beträgt 4.1 Millionen Franken.
- Aufgrund diverser Projektverschiebungen ergibt sich bei den Honoraren für externe Berater ein Minderaufwand von 3.2 Millionen Franken.
- Bei den Mieten und Pachten für Liegenschaften ist eine grössere Abweichung gegenüber dem Budget 2010 entstanden, da die Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen pro rata budgetiert wurden. Die Übernahme erfolgt erst am 1. August 2011.
- Bei den Forderungsverlusten auf Steuerforderungen sind nach der Übernahme des Bezugs der Spezialsteuern von den Bezirksschreibereien neue Regeln für die Wertberichtigungen definiert worden, die eine Aufwandminderung von 7.6 Millionen Franken zur Folge haben.
- Beim übrigen Betriebsaufwand ist eine Erhöhung der Rückstellungen für Altlastensanierung im Umfang von 20 Millionen Franken enthalten.

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Mit der Einführung von HRM2 wird bei den Abschreibungen ein Methodenwechsel vorgenommen. Bisher wurde 10% degressiv auf dem Buchwert abgeschrieben, neu erfolgt eine lineare Abschreibung auf Basis der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer. Bei den Abschreibungen ergibt sich eine Verbesserung um 20 Mio. Franken, da die budgetierten ausserplanmässigen Abschreibungen von Hochbauten (Migration in Anlagebuchhaltung) mit der Aufwertungsreserve erfolgsneutral verrechnet werden.

Finanzaufwand

- Die Verlängerung der Schuldenfälligkeit per Anfang März von 200 Millionen Franken wurde beim Zinsaufwand nicht budgetiert. Brutto beträgt die Abweichung deshalb 3.9 Millionen Franken. Für 70 Millionen Franken Dotationskapital bezahlt die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) den Zins (s. Finanzertrag).
- Auf der Basis von neuen Erkenntnissen wird bei einem Grundstück im Finanzvermögen eine Wertberichtigung von 21.7 Millionen Franken aufgrund von vorhandenen Altlasten vorgenommen.
- Aufgrund der aktuellen Beurteilung (Sensitivitätsanalyse) kann die Schwankungsreserve für die Anlagemandate „Golderlös“ und „Poolvermögen“ um 5 Millionen Franken reduziert werden.

Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds

Die Position umfasst im Wesentlichen die Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 (aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts), die sich gegenüber dem Budget um 0.3 Millionen Franken auf 19.3 Millionen Franken erhöht.

Transferaufwand

Folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Budget 2010 bestehen:

+8.6	Millionen Franken	Prämienverbilligung
+2.2	Millionen Franken	Kasak II
+10.2	Millionen Franken	Ergänzungsleistungen AHV/IV
+10.0	Millionen Franken	Nicht budgetierter Beitrag an das Messezentrum Basel (siehe auch Ertragsposition Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen)
+2.7	Millionen Franken	Beiträge an Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
+14.4	Millionen Franken	Annuitäten, Unterhalt, Mieten Sekundarschule I (verzögerte Über- nahme Sekundarschulbauten)
+18.8	Millionen Franken	Rückstellung für Staatsbeitrag an Uni Basel zur Ausfinanzierung PKBS
+3.3	Millionen Franken	Schulabkommen tertiärer Bildungsbereich
+1.4	Millionen Franken	Beiträge an Berufsfachschulen
+1.6	Millionen Franken	Steueranteil der Landeskirchen
+3.2	Millionen Franken	Beiträge an überbetriebliche Kurse
-3.5	Millionen Franken	Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime
-2.6	Millionen Franken	Beiträge Förderung Energie im AUE
-9.3	Millionen Franken	Beiträge an Infrastrukturvorhaben Öffentlicher Verkehr (ÖV)
-3.4	Millionen Franken	Beiträge an ÖV-Projekte
-8.3	Millionen Franken	Betriebskostenbeiträge an ÖV (Genereller Leistungsauftrag)
-3.1	Millionen Franken	Straf- und Massnahmenvollzug (Kostgelder der Anstalten)
-2.9	Millionen Franken	Beitrag an Bildungszentrum kv BL

Ausserordentlicher Aufwand

Bei den Positionen im ausserordentlichen Aufwand handelt es sich einerseits um die Bildung von Rücklagen in den Spitalbetrieben (Unterschreitung der Globalbudgets) von 5.7 Millionen Franken und andererseits sind die Personalaufwände für die DNII Lohnklagenauszahlungen von 16.5 Millionen Franken darin enthalten, welche im Jahr 2010 an das Personal der Spitalbetriebe vergütet wurden.

7.1.2 Ertrag

Auf der Ertragsseite der Erfolgsrechnung weist die Rechnung 2010 eine Zunahme von 80.1 Millionen Franken oder 3% gegenüber dem Budget auf.

Table 11: Laufender Ertrag nach Kontogruppen

in Millionen Fr.		Rechnung 2009	Rechnung 2010	Budget 2010	Abw. vom Budget	
40	Fiskalertrag	1'401.3	1'476.9	1'410.8	66.1	5%
41	Regalien und Konzessionen	65.1	65.0	65.4	-0.3	0%
42	Entgelte	455.8	454.6	464.2	-9.6	-2%
43	Verschiedene Erträge	34.1	43.8	31.0	12.8	41%
44	Finanzertrag	97.4	98.9	90.3	8.5	9%
45	Entnahmen aus Fonds und Spez.-Finanz.	1.0	11.6	0.4	11.2	2618%
46	Transferertrag	493.5	450.1	438.1	12.0	3%
47	Durchlaufende Beiträge	84.4	89.6	79.6	10.0	13%
48	Ausserordentlicher Ertrag	0.3	64.4	95.0	-30.6	-32%
49	Interne Verrechnungen	16.4	15.5	15.4	0.0	0%
Gesamttotal Ertrag		2'649.2	2'770.4	2'690.3	80.1	3%

Fiskalertrag

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus nachfolgender Tabelle hervor. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen gegenüber dem Budget um 66.1 Millionen Franken oder 4.7% zu.

Table 12: Steuererträge gegliedert nach Arten

in Millionen Fr.	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Budget 2010	Abw. absolut	Abw. %
Einkommenssteuern natürliche Personen ²	874.0	937.3	910.0	27.3	3.0
Vermögenssteuern natürliche Personen	121.6	126.6	127.0	-0.4	-0.3
Quellensteuern natürliche Personen ³	45.0	40.8	41.0	-0.2	-0.4
Übrige direkte Steuern nat Personen ⁴	13.0	5.9	5.0	0.9	18.5
Gewinnsteuern juristische Personen ⁵	126.2	159.1	125.0	34.1	27.3
Kapitalsteuern juristische Personen	15.0	6.1	7.5	-1.4	-19.3
Übrige direkte Steuern jur Personen ⁶	7.1	8.3	6.6	1.6	24.7
Vermögensgewinnsteuern ⁷	28.2	30.0	24.0	6.0	25.0
Vermögensverkehrssteuern ⁸	31.0	30.7	33.0	-2.3	-7.1
Erbschafts- und Schenkungssteuern	40.0	30.7	32.0	-1.3	-4.0
Verkehrsabgaben ⁹	100.3	101.4	99.7	1.7	1.7
Total Fiskalertrag	1'401.3	1'476.9	1'410.8	66.1	4.7

² Gemäss HRM2 werden die vormaligen Steuerkategorien Steuerabrechnung gemäss Doppelbesteuerungsabkommen Bund und Steuer auf Kapitalabfindungen 2./3. Säule unter Einkommenssteuern geführt.

³ Vormalig (HRM1) Erträge aus Rückerstattung Grenzgängerbesteuerung

⁴ Vormalig (HRM1) Nach- und Strafsteuer, Eingang abgeschriebener Steuern

⁵ Vormalig (HRM1) Ertragssteuer juristische Personen

⁶ Vormalig (HRM1) Kirchensteuer juristische Personen

⁷ Vormalig (HRM1) Grundstückgewinnsteuer

⁸ Vormalig (HRM1) Handänderungssteuer

⁹ Vormalig (HRM1) Verkehrssteuer

Die Entwicklung der periodischen Steuererträge inklusive Neueinschätzungen der Ausstände aus Vorjahren ist nachfolgend dargestellt:

Table 13: Abgrenzung Vorjahre der periodischen Steuererträge

	in Millionen Fr.	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Budget 2010	Abw. absolut	Abw. %
40000000	Einkommenssteuern natürliche Personen	894.0	914.9	895.0	19.9	2.2
*40000010	Einkommenssteuern nat Personen Vorjahre	-34.4	9.5	0.0		
40000020	Steuern auf Kapitalabfind 2./3. Säule	16.8	15.7	18.0	-2.3	-12.7
40000990	Steuerausscheid/pausch Steueranrechnung	-2.4	-2.9	-3.0	0.1	-2.6
	Einkommenssteuern natürliche Personen	874.0	937.3	910.0	27.3	3.0
40010000	Vermögenssteuern natürliche Personen	120.5	126.0	127.0	-1.0	-0.8
*40010010	Vermögenssteuern nat Personen Vorjahre	1.1	0.7	0.0		
	Vermögenssteuern natürliche Personen	121.6	126.6	127.0	-0.4	-0.3
40100000	Gewinnsteuern juristische Personen	120.0	142.0	125.0	17.0	13.6
*40100010	Gewinnsteuern jur Personen Vorjahre	6.3	17.2	0.0		
	Gewinnsteuern juristische Personen	126.2	159.1	125.0	34.1	27.3
40110000	Kapitalsteuern juristische Personen	14.1	7.5	7.5	0.0	0.0
*40110010	Kapitalsteuern jur Personen Vorjahre	0.9	-1.4	0.0		
	Kapitalsteuern juristische Personen	15.0	6.1	7.5	-1.4	-19.3
*	Total aus Abgrenzung Vorjahre	-26.1	26.0			

Die Konjunktur 2009 und 2010 ist deutlich besser verlaufen, als dies die BAK in ihren früheren Prognosen angenommen hat. Dies hat zur Folge, dass der Ertrag aus den Vorjahren sowie für das Steuerjahr 2010 bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Budget verzeichnet.

Bei den Gewinnsteuern juristischer Personen ist ebenfalls eine Budgetverbesserung von 34.1 Millionen Franken (davon 17.2 Millionen Franken aus Vorjahren) eingetreten. Dank der Unternehmenssteuerreform können Geschäftsverlagerungen in den Kanton Basel-Landschaft beobachtet werden, die zu einer Erhöhung des Steuersubstrats führen. Entgegen allen früheren Einschätzungen haben die Baselbieter Unternehmen im Jahr 2009 keinen Gewinnrückgang hinnehmen müssen. Dies führt auch zu einem höheren Ertrag im 2010, obwohl der seit Mitte 2010 hohe Kurs des Schweizer Frankens in vielen Unternehmungen negative Spuren bei der Gewinnentwicklung hinterlässt.

Die Zunahme bei den übrigen direkten Steuern juristischer Personen (Kirchensteuern) ist eine direkte Folge des Mehrertrags bei der Gewinnsteuer, da die Steuern juristischer Personen als Berechnungsbasis der Kirchensteuern hinzugezogen werden.

Regalien und Konzessionen

Der Gewinnanteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank fällt für das Jahr 2010 um 0.2 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert war.

Entgelte

- Bei den Gebühren für Amtshandlungen ist eine Abnahme von 1.6 Millionen Franken zu verzeichnen.
- Die Spital- und Heimtaxen sowie die Kostgelder nehmen hingegen um 6 Millionen Franken zu. Dazu beigetragen hat der höhere Anteil an zusatzversicherten, ausserkantonalen und ausländischen Patienten.
- Die Erlöse aus Verkäufen gehen gegenüber dem Budget um 4.5 Millionen Franken zurück. Dies liegt vorwiegend darin begründet, dass weniger Benzinbezüge getätigt wurden.
- Die Bussen nahmen um 11.6 Millionen Franken ab. Diverse Messstellen waren ausser Betrieb und an den Ersatzstandorten mit zeitlicher Verzögerung in Betrieb genommen worden. Die Bussen bei den Statthalterämtern stehen im Zusammenhang mit eingehenden Fallzahlen und unterliegen grossen Schwankungen; die budgetierten Werte konnten nicht erreicht werden.
- Die Rückerstattungen Dritter nahmen gegenüber dem Budget um 1.5 Millionen Franken zu.
- Die systematische Verlustscheinbewirtschaftung hat 2010 zu Mehrerträgen von 1.2 Millionen Franken geführt.

Verschiedene Erträge

Die Zunahme der verschiedenen Erträge ist hauptsächlich auf den Mehrertrag aus Honoraren für privatärztliche Tätigkeiten zurückzuführen (8.7 Millionen Franken). Im übrigen betrieblichen Ertrag resultieren Mehrerträge von 4 Millionen Franken.

Finanzertrag

- Aufgrund des anhaltend tiefen Zinsniveaus auf den Geldmärkten wird im Bereich der Kontokorrente und Festgelder ein Minderertrag von 2.6 Millionen Franken gegenüber Budget realisiert.
- Die von säumigen Kunden der Steuerverwaltung erhobenen Verzugszinsen sind zwar erwartungsgemäss zurückgegangen, allerdings deutlich weniger stark als im Budget angenommen, nämlich um 2.2 Millionen Franken.
- Der Anteil des Dotationskapitals der BLKB an der Verlängerung der Schuldenfälligkeit per Anfang März (70 Millionen Franken von insgesamt 200 Millionen Franken) wurde bei den Zinserträgen nicht budgetiert, daraus ergibt sich eine Abweichung von 1.4 Millionen Franken.
- Bei den Pacht- und Mietzinsen sowie beim übrigen Liegenschaftenertrag wird ein Mehrertrag von 1 Million Franken realisiert.
- Aus Verkäufen von Grundstücken im Finanzvermögen resultiert ein Mehrertrag gegenüber dem Budget von 2 Millionen Franken.
- Höhere Ausschüttungen bei Beteiligungen ergeben einen Mehrertrag von 1.7 Millionen Franken.
- Der Anteil am Reingewinn der BLKB ist um 3 Millionen Franken höher ausgefallen als budgetiert.

Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen

Bei dieser Position handelt es sich vor allem um die Entnahme aus dem Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben im Zusammenhang mit dem "Messezentrum Basel 2012" von 10 Millionen Franken, welche nicht budgetiert war.

Transferertrag

Folgende grössere Abweichungen resultieren gegenüber dem Budget 2010:

+5.8	Millionen Franken	Rückerstattung Unterhalt, Mieten Realschulbauten (verzögerte Übernahme Sekundarschulbauten)
+14.4	Millionen Franken	Direkte Bundessteuer
+5.9	Millionen Franken	Verrechnungssteuer
+2.7	Millionen Franken	Anteil an LSVA
-7.0	Millionen Franken	Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung
-3.7	Millionen Franken	Bundesbeiträge für die Berufsbildung
-3.6	Millionen Franken	Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV
-3.5	Millionen Franken	Beiträge Gemeinden an Abwasserreinigung (Abwassergebühren)
-3.3	Millionen Franken	Beiträge an Infrastrukturvorhaben ÖV

Ausserordentlicher Ertrag

Im ausserordentlichen Ertrag ist die Entnahme von 48.1 Millionen Franken aus dem Eigenkapital (Konjunkturausgleichsreserve) verbucht. Aufgrund der besseren Abschlusszahlen und der Verwendung der Aufwertungsreserve, muss der Konjunkturausgleichsreserve ein um 46.9 Millionen Franken tieferer Betrag entnommen werden. Im ausserordentlichen Ertrag sind zudem die DNII Lohnnachzahlungen (Lohnklagen Spitalbetriebe) im Umfang von 16.3 Millionen Franken enthalten (Rückstellung), welche sich mit der Gegenposition im ausserordentlichen Aufwand in gleicher Höhe erfolgsneutral auswirken.

7.1.3 Funktionale Gliederung

Die Funktionale Gliederung stellt die Aufwendungen und Erträge der verschiedenen Politikbereiche dar. Die Finanzen und Steuern machen den grössten Anteil am Staatshaushalt aus. Mit dem Ertragsüberschuss werden die Aufwandüberschüsse der übrigen Politikbereiche finanziert. Der Bildungsbereich hat dabei den grössten Finanzbedarf, gefolgt von der Sozialen Sicherheit und dem Gesundheitswesen.

Tabella 14: Funktionale Gliederung

Funktion	Bezeichnung	Aufwand R2010	Ertrag R2010	Saldo R2010
0	Allgemeine Verwaltung	237'729'683	-100'446'899	137'282'784
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	241'315'535	-101'777'114	139'538'421
2	Bildung	744'426'415	-78'692'826	665'733'589
3	Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	49'712'749	-3'425'126	46'287'623
4	Gesundheit	670'495'074	-419'080'723	251'414'351
5	Soziale Sicherheit	453'625'931	-193'057'699	260'568'232
6	Verkehr	130'581'178	-14'953'230	115'627'948
7	Umweltschutz und Raumordnung	86'888'555	-54'923'224	31'965'331
8	Volkswirtschaft	85'378'539	-66'393'840	18'984'699
9	Finanzen und Steuern	99'306'755	-1'737'625'627	-1'638'318'872
	Summe	2'799'460'414	-2'770'376'308	29'084'106

In den vergangenen 10 Jahren ist der Aufwand in der Erfolgsrechnung um 588 Millionen Franken gestiegen. In der Abbildung 3 werden die Veränderungen von Aufwand und Saldo nach den Hauptfunktionen dargestellt. Den höchsten Aufwandszuwachs von 239 Millionen Franken weist das Gesundheitswesen auf, gefolgt von der Bildung mit 213 Millionen Franken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufwand in beiden Bereichen durch strukturelle Faktoren beeinflusst

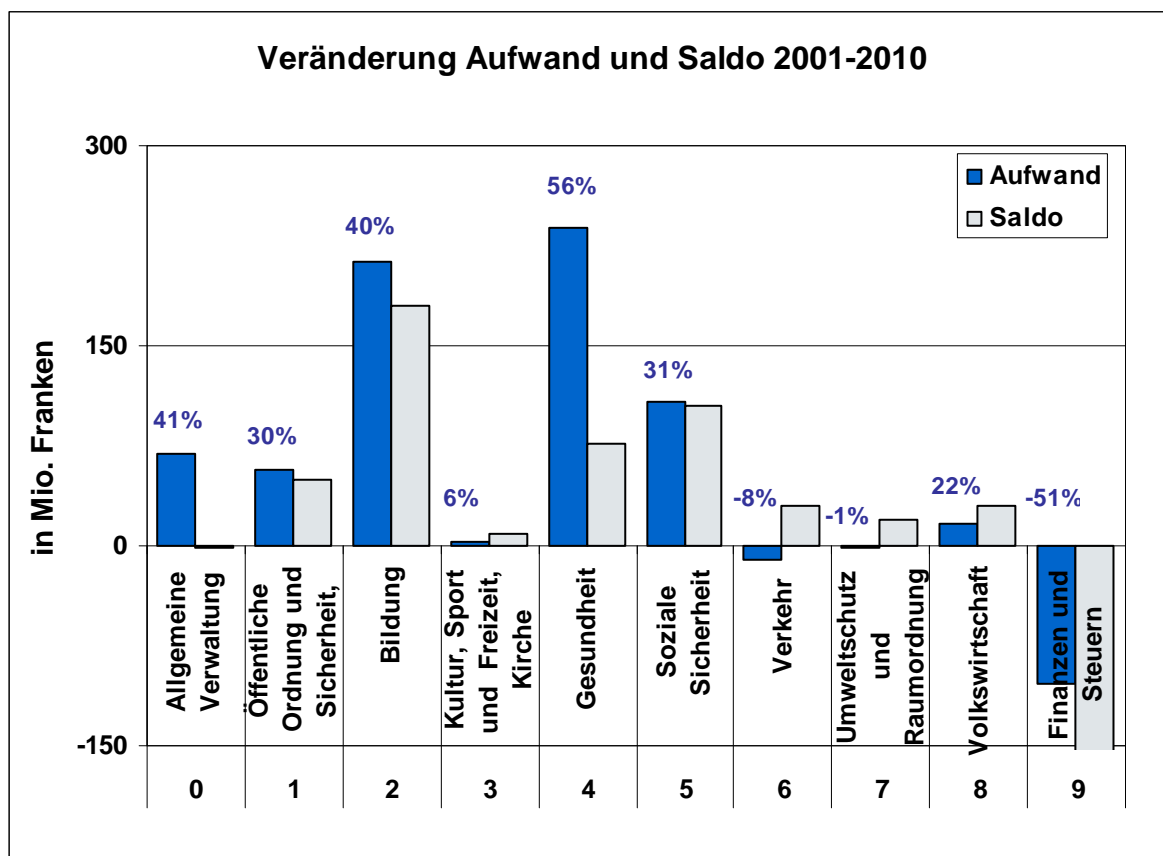
wird, wie etwa eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden oder durch bundesrechtliche Vorgaben. Per Saldo ist jedoch die Zunahme bei der Gesundheit weitaus geringer, da in den Spitalbetrieben ein Grossteil des Aufwandes durch zunehmende Erträge aus den Spitaltaxen refinanziert ist.

Mit 108 Millionen Franken ist der Aufwand bei der Sozialen Sicherheit stark angestiegen. Wachstumsbereiche sind die Prämienverbilligung, die Ergänzungsleistungen an die AHV/IV und der Bereich Jugendschutz und Behindertenhilfe. Die Aufwandentwicklung bei der Sozialen Sicherheit ist massgebend geprägt von den strukturellen Änderungen, welche mit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) im Jahre 2008 vollzogen wurden (Wegfall Kantonsbeiträge an AHV/IV, Rückzug des Bundes aus dem Bereich Jugend- und Behindertenhilfe).

Der Aufwand für die Allgemeine Verwaltung sowie die Öffentliche Ordnung und Sicherheit ist seit 2001 um ca. 70 Millionen Franken resp. 56 Millionen Franken angewachsen. Dabei schlagen bei der Allgemeinen Verwaltung die in der Rechnung 2010 verbuchten Rückstellungen für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der BLPK (30 Millionen Franken) sowie der Beitrag an das Messezentrum Basel (10 Millionen Franken) zu Buche.

Der Aufwand bei der Funktion Finanzen und Steuern hat um ca. 104 Millionen Franken abgenommen. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind strukturelle Faktoren im Rahmen der Revisionen des Finanzausgleichs Kanton - Gemeinden (Wegfall Gemeindeanteil an Steuern, 2003 und Wegfall des ungebundenen Finanzausgleichs, 2010).

Abbildung 3: Entwicklung Hauptfunktionen (Politikbereiche) Jahre 2001-2010



7.2 Kreditübertragungen und -verschiebungen

Die Kreditübertragungen von der Rechnung 2009 auf die Rechnung 2010 betragen insgesamt rund 1.5 Millionen Franken. Betroffen sind die Bau- und Umweltschutzdirektion, die Sicherheitsdirektion und die Bildungs- Kultur- und Sportdirektion. Kreditübertragungen von der Rechnung 2010 auf die Rechnung 2011 sind im Umfang von rund 3.6 Millionen Franken getätigt worden. Der grösste Posten, rund 2.4 Millionen Franken davon, sind in der Finanz- und Kirchendirektion angefallen. Bei den Kreditverschiebungen sind Beträge von rund 462'000 Franken auf andere Kostenarten verschoben worden. Dies bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, der Sicherheitsdirektion und der Bildungs- Kultur- und Sportdirektion. Die Details zu den Kreditübertragungen und -verschiebungen sind unter den Dienststellenkommentaren der jeweiligen Direktion aufgelistet.

7.3 Abrechnung der Globalbudgets der Spitalbetriebe

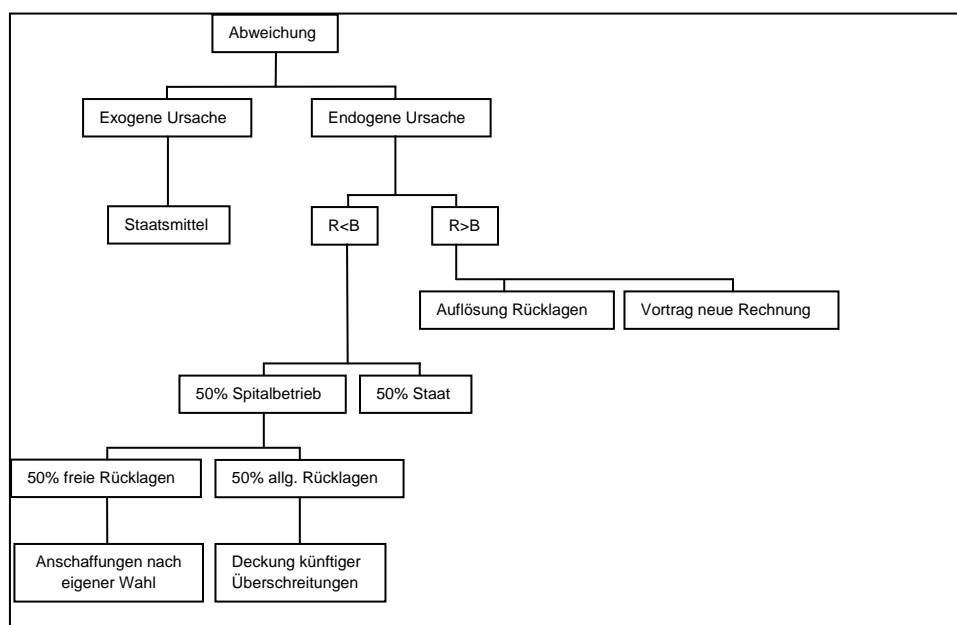
Die auf den 1. Januar 2008 bei den Spitalbetrieben eingeführten Globalbudgets werden auf der Basis der Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudgetverordnung SGS 310.12) abgerechnet. Das Ziel der Globalbudgets ist es, die Finanzierung stärker mit dem Leistungsauftrag der einzelnen Häuser zu verbinden. Zudem erhalten die Spitäler damit grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, was ihnen wiederum ermöglichen sollte, das Optimierungspotential besser auszuschöpfen und effizientere Leistungsniveaus zu erreichen.

Heute erfolgt die Bemessung der Globalbudgets auf der Basis der in den Spitälern angefallenen Pflegetagen und Pflegetaxen. Ab Januar 2012 werden diese Leistungen gemäss Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 21. Dezember 2007 mittels Fallkostenpauschalen nach dem System der Swiss DRG (Diagnosis Related Groups) abgegolten.

Das Globalbudget ist definiert als Voranschlag der laufenden Rechnung und entspricht der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag (Saldo). Weichen Rechnungssaldo und Budgetsaldo voneinander ab, so werden die Ursachen für diese Differenz ermittelt. Gemäss den §§12 - 14 der Globalbudget - Verordnung müssen die Abweichungen in endogene oder exogene Faktoren unterteilt werden¹⁰. Basiert die Saldoabweichung auf exogenen Faktoren, so wird die Saldoüberschreitung vom Kanton ausgeglichen bzw. die Saldounterschreitung dem Kanton gutgeschrieben. Endogene Ursachen hingegen führen dazu, dass bei einer Saldounterschreitung je 50% dem Kanton und dem entsprechenden Spitalbetrieb gutgeschrieben werden. Diese müssen wiederum 50% davon den allgemeinen und den freien Rücklagen zuführen. Eine Saldoüberschreitung aufgrund endogener Faktoren muss vom betroffenen Spitalbetrieb durch Auflösung von in den Vorjahren gebildeten Rücklagen oder als Verlustvortrag auf die neue Rechnung übernommen werden.

¹⁰ Während endogene Faktoren im Einflussbereich der einzelnen Häuser liegen, können exogene Faktoren vom Leistungserbringer nicht beeinflusst werden. Dabei handelt es sich zum Beispiel um nicht voraussehbare Entscheide von Behörden mit Auswirkungen auf die Kosten- und Ertragssituation eines Spitals, Änderungen der Bundesgesetzgebung über die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung oder des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag während der Globalbudgetperiode usw.

Abbildung 4: Verfahren mit Budgetüber- / unterschreitungen



Im Abschluss 2010 weisen die Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste folgende Saldoabweichungen (**Saldo Rechnung 2010 - Saldo Budget 2010 = Abweichung R10/B10**) auf:

Tabelle 15: Saldoabweichungen Spitalbetriebe

in Fr.	Saldo vor Verr. der Abweichung (Aufw. - Ertr.)	Abweichung R10/B10	Exogene Ursachen	bereinigte Abweichung	Endogene Ursachen		def. Saldo Rechnung 2010 (Aufw. - Ertr.)
			Staatsmittel		Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen	
KSL	49'642'874	-5'174'126	0	-5'174'126	-1'293'532	-1'293'532	52'229'937
KSB	53'433'777	-2'445'223	0	-2'445'223	-611'306	-611'306	54'656'389
KSLa	8'550'084	-1'031'816	0	-1'031'816	-257'954	-257'954	9'065'992
KPD	34'538'957	-2'848'718	0	-2'848'718	-712'180	-712'180	35'963'316
Total	146'165'692	-11'499'883	0	-11'499'883	-2'874'972	-2'874'972	151'915'634

Die Abweichungen zwischen Rechnung 2010 und Budget 2010 wurden gemäss §§ 12 - 14 der Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudget-Verordnung SGS 310.12) beurteilt. Von den Spitälern wurden für die Rechnung 2010 keine exogenen Faktoren angegeben, d.h. die ausgewiesene Saldounterschreitung wird je zu 50% den Betrieben und dem Kanton zugeschrieben.

Es ist festzustellen, dass ausnahmslos alle Spitalbetriebe ein besseres Ergebnis als budgetiert aufweisen. Mit einer Abweichung von insgesamt 11.5 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2010 fließen dem Kanton 50% (5.75 Millionen Franken) aus der Abweichung zum Globalbudget zu. Die andere Hälfte der 11.5 Millionen Franken werden zu je 50% (2.87 Millionen Franken) den Freien und den Allgemeinen Rücklagen der Spitäler zugerechnet.

Das Kantonsspital Liestal (KSL) begründet sein gegenüber dem Budget 2010 ausserordentlich positives Ergebnis in einer markanten Leistungssteigerung im 2. Halbjahr 2010, einem unerwar-

tet vorteilhaften Produkte-Mix (höherer Anteil an zusatzversicherten, ausserkantonalen und ausländischen Patienten) und einem strikten Kostenmanagement.

Die Zahl der Pflgetage hat gegenüber der Rechnung 2009, ausser im Kantonsspital Bruderholz (KSB), zugenommen, die Kantonalen Psychiatrischen Dienste (KPD) liegen mit fast 2'700 zusätzlichen Pflgetagen an der Spitze aller Spitalbetriebe. Auch die Zahl der stationären Fälle ist seit der Einführung des Globalbudgets stetigem Wachstum unterworfen.

Hingegen ist im Hinblick auf die bevorstehende Einführung der Fallpreispauschalen ab 1.1.2012 in allen Betrieben die zu erwartende Verkürzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer zu beobachten, wobei die Veränderungen bis jetzt noch nicht stark ins Gewicht fallen. Einzig das Kantonsspital Laufen (KSLa) weist gegenüber der Rechnung des letzten Jahres eine Verlängerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer aus.

Die Anwendung der Globalbudget-Verordnung führt dazu, dass 2010 insgesamt freie und allgemeine Rückstellungen in der Höhe von je 2.9 Millionen Franken gebildet werden konnten. Es wurden keine Rückstellungen aus den Vorjahren aufgelöst, die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über deren Bildung in den letzten drei Jahren.

Tabelle 16: Übersicht über die Rücklagen

	KSL		KSB		KSLa		KPD	
	Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen	Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen	Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen	Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen
2008	2'890'155	2'890'155			389'395	389'395	856'118	856'118
2009	1'253'598	1'253'598	94'867	94'867	136'547	136'547	543'269	543'269
Auflösung 2009	-1'274'697	0	0	0	-380'000	0	0	0
2010	1'293'532	1'293'532	611'306	611'306	257'954	257'954	712'180	712'180
Summe	4'162'588	5'437'285	706'173	706'173	403'896	783'896	2'111'567	2'111'567
Total Spital	9'599'873		1'412'346		1'187'792		4'223'134	
Total alle Spitäler	16'423'145							

7.4 Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung wurden Bruttoinvestitionen von 198 Millionen Franken ausgegeben, was eine Budgetabweichung von 226 Millionen Franken bedeutet. Die Nettoinvestitionen lagen bei 117 Millionen Franken, was eine Abweichung gegenüber dem Budget von 110 Millionen Franken entspricht.

Tabelle 17: Entwicklung Bruttoinvestitionen, Nettoinvestitionen, Inv.-Beiträge Dritter

	Rechnung					Budget
	2006	2007	2008	2009	2010	2010
Brutto- Investitionen ohne Beiträge an Inv. Dritter	190	219	163	209	198	424
Beiträge an Inv. Dritter	55	39	25	20	39	45
Brutto- Investitionen + Beiträge an Inv. Dritter	245	257	188	229	237	469
Netto-Investitionen	89	122	111	120	117	227
Netto-Bau-Auftragsvolumen *	144	160	135	140	156	272

<p>* Netto-Baufauftrags-Volumen = Nettoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter</p>

48.7 Millionen Franken oder 25% der gesamten Bruttoinvestitionen im Rechnungsjahr 2010 fallen im Bereich Hochbau an. Das budgetierte, finanziell bedeutendste Projekt im Hochbau des Jahres 2010 war die Übernahme der Sekundarschulbauten mit Bruttoinvestitionen von 130 Millionen Franken. Dieses Projekt wurde jedoch nicht realisiert und in das Jahr 2011 verschoben.

Für den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) wurden 24.7 Millionen Franken investiert. Mit den Planungsarbeiten für die FHNW HLS und PH/HSA in Muttenz und für den Uni-Neubau Schällemätteli waren zwei weitere partnerschaftliche Vorhaben im Investitionsbudget berücksichtigt. Aufgrund von Projektverzögerungen konnten für beide Projekte die geplanten Ausgaben von 4 Millionen bzw. 2.5 Millionen Franken nicht vollumfänglich ausgegeben werden.

Von den budgetierten 6.3 Millionen Franken für die Sanierung der Aussenhülle des Gymnasiums Liestal konnten nur 4 Millionen Franken ausgegeben werden. Die Gründe dafür waren einerseits die Abhängigkeit zum Projekt Innensanierung Gymnasium Liestal und andererseits konnten im Verlauf der Submission Arbeiten günstiger vergeben werden. Beim Umbau und der Sanierung des Kantonsmuseums verhält es sich gleich, es wurden 5.7 Millionen Franken budgetiert, jedoch nur 4.7 Millionen Franken investiert. Auch hier konnten Arbeiten günstiger vergeben werden. Durch die Verschiebung des Projektes Übernahme der Sekundarschulbauten ins Jahr 2011 wurden auch die budgetierten Instandsetzungsinvestitionen der Sekundarschulbauten von 4 Millionen Franken nicht benötigt. Bei der Sammelposition für nachhaltige Werterhaltung bei den Hochbauten wurde das Budget um 5.3 Millionen Franken unterschritten.

Im Tiefbau fallen in der Rechnung 2010 Bruttoinvestitionen in der Höhe von 101 Millionen Franken an. Das entspricht 51% des gesamten Investitionsvolumens. Das finanziell bedeutendste Projekt im Tiefbau im Jahr 2010 ist die H2 Pratteln – Liestal mit einem budgetierten Investitionsvolumen von nahezu 100 Millionen Franken. Aufgrund eines Budgetierungsfehlers wird das Bud-

get um 49.1 Millionen Franken unterschritten. Somit sind in der Rechnung 2010 für das Projekt H2 Pratteln – Liestal Investitionen von 50.6 Millionen Franken getätigt worden.

Beim Projekt H18 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit konnten aufgrund von Projektverzögerungen nicht alle Arbeiten in Auftrag gegeben werden, somit konnten von den budgetierten 6 Millionen Franken nur 3 Millionen Franken investiert werden.

Die Spitalbetriebe beanspruchen 17% oder 33.2 Millionen Franken der gesamten Bruttoinvestitionen. Wichtige Projekte sind die sicherheitsrelevanten Massnahmen Etappe 2 sowie die Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz inkl. Geriatriezentrum.

Abbildung 5: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Rechnungsjahre 2009/2010

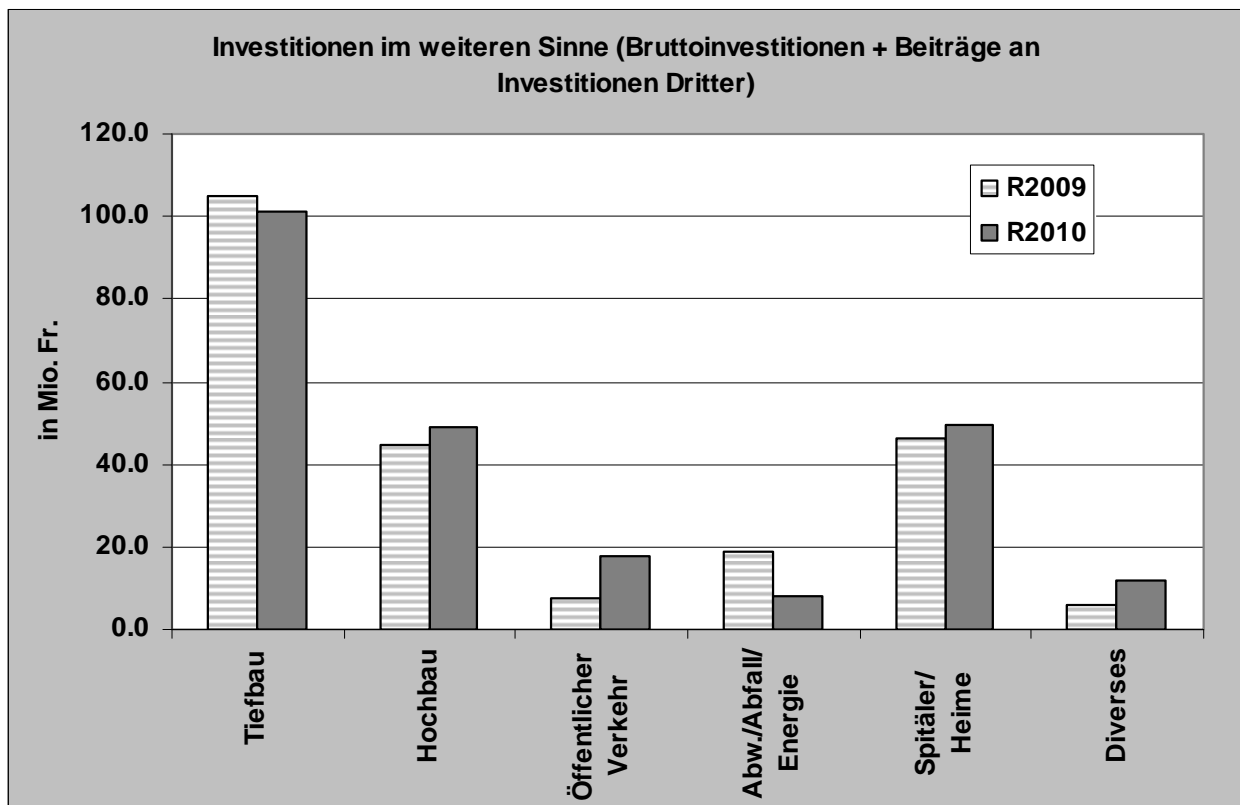


Abbildung 6: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter

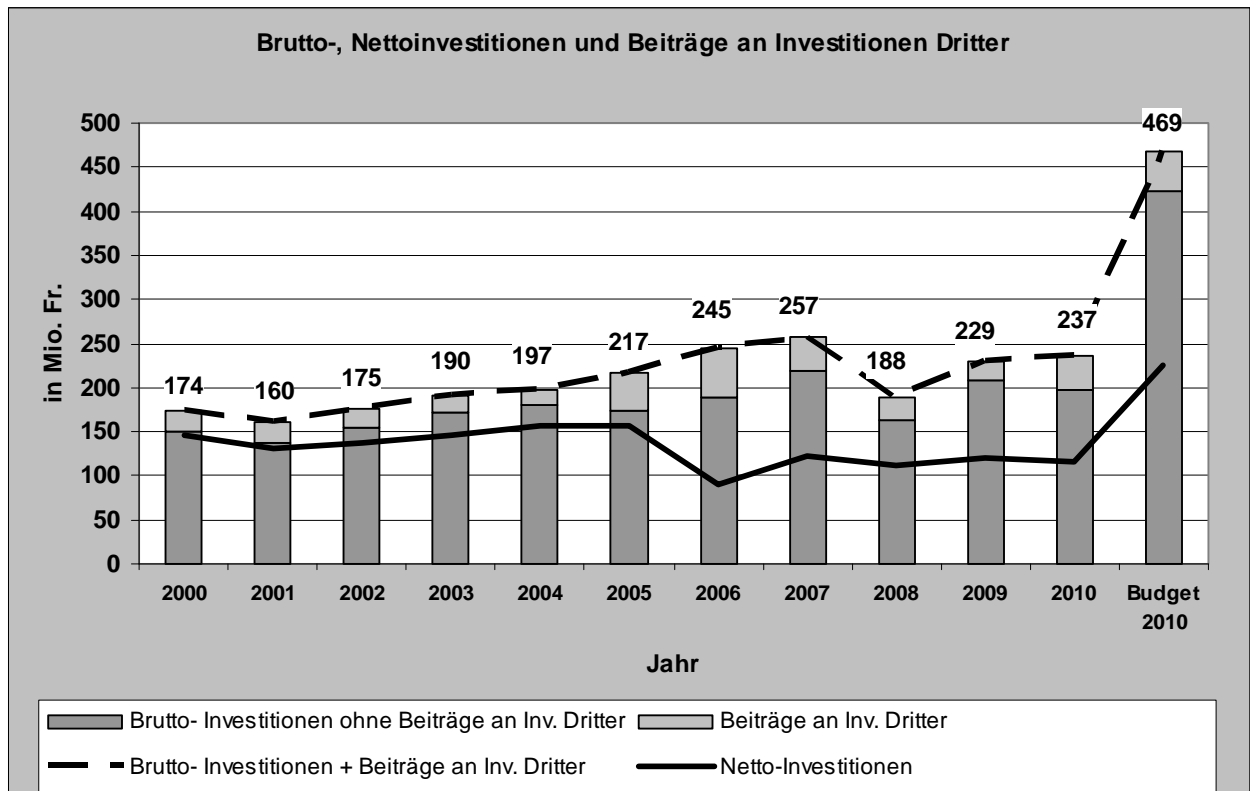


Tabelle 18: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte in der Rechnung 2010 (Investitionsausgaben in Millionen Franken)

Bereich	Projekt	Kredit	R 2009	R 2010	B 2010
Tiefbau	H2 Pratteln - Liestal *	283	49.9	50.6	99.7
	Erneuerungen Kantonsstrassen		15.5	16.8	15.0
	Ausbau Kantonsstrassen		9.3	9.3	9.0
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		3.4	9.7	10.0
	H18, Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	18.8	0.8	3.0	6.0
Hochbau	Übernahme Sekundarschulbauten*		0.0	0.0	130.0
	UKBB Neubau (Anteil BL 1/2)*	74.7	25.5	24.7	26.0
	Gym. Liestal Sanierung Aussenhülle	9.1	2.8	4.0	6.3
	Gym. Liestal Turnhalle	9.9	0.0	1.0	4.7
	Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung	7.2	1.2	4.8	5.7
	Um- und Ausbau von Gebäuden		7.8	6.8	10.0
Spitäler	KS Bruderholz Sicherheitsmassnahmen Etappe 2	24.5	5.5	3.9	5.0
	KS Bruderholz Sanierung und Erweiterung + Geriatriezentrum	757.7	0.0	7.7	16.0
	Maschinen/Apparate		9.0	6.3	3.2
Abwasser	Region Birsig Regenwasserbehandlung	20.3	0.5	1.4	1.5
	Mischwasserbehandlung Region Birstal	24.7	0.7	1.2	3.0
ÖV	Allschwil BVB Linie 6	2.7	0.0	2.3	2.6
	Ausbauten öffentlicher Verkehr		1.6	0.0	2.3

* Spezialfinanzierte Projekte

Im Bereich Abwasser/Abfall/Energie betragen die Bruttoinvestitionen 8.1 Millionen Franken. Das entspricht einem Anteil von 4%. Im Vordergrund stehen die Regenwasserbehandlung Region Birstal ARA und die Mischwasserbehandlung der Region Birstal.

In der Erfolgsrechnung 2010 sind die folgenden Beiträge an Investitionen Dritter im Gesamtumfang von 39.1 Millionen Franken enthalten:

Beiträge an Alters- und Pflegeheime	16.5 Millionen Franken
Beiträge an Infrastrukturvorhaben beim öffentlichen Verkehr	8.5 Millionen Franken
Beiträge an ÖV-Projekte	4.1 Millionen Franken
Beiträge Diverse	10.0 Millionen Franken

7.5 Interkantonale Zusammenarbeit

7.5.1 Bedeutung

Eine enge Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und weiteren Kantonen sowie mit Deutschland und Frankreich bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort und einen attraktiven Wohnort Basel-Landschaft mit dem Zentrum Basel. Mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn bestehen insgesamt über 90 finanzwirksame, vertragliche Dach- bzw. Einzelvereinbarungen. Die bedeutsamsten Zusammenarbeitsverträge des Kantons Basel-Landschaft bilden:

- die Universität Basel
- die Interkantonale Universitätsvereinbarung
- die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- das Spitalabkommen
- das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- das regionale Schulabkommen
- der Kulturvertrag
- die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)
- der Rheinhafenvertrag
- die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch.

Die Fragen der Zusammenarbeit, welche die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffen, werden innerhalb einer Projektorganisation verhandelt. Den Verhandlungen werden die sogenannten Standards BS/BL zugrunde gelegt (Regierungsratsbeschluss).

7.5.2 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

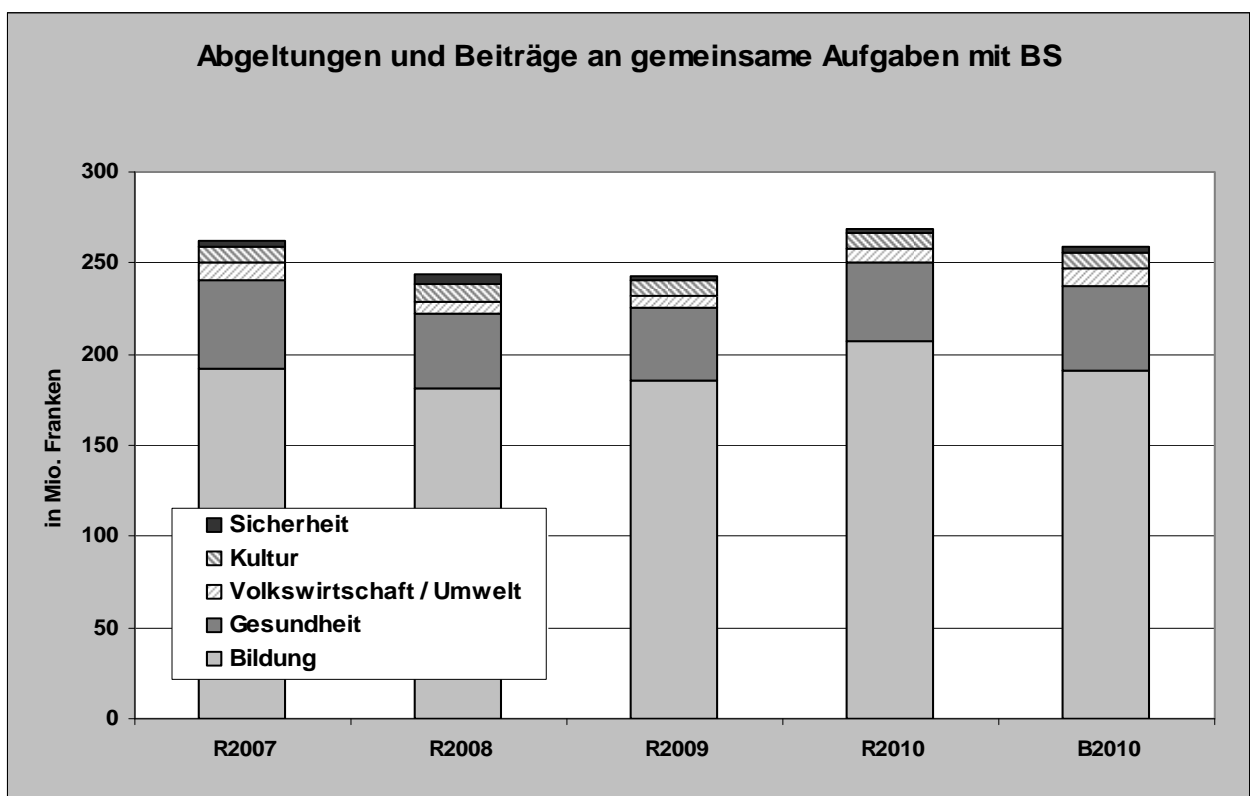
Basel-Landschaft wendet 2010 rund 9.6% des Haushalts für die Abgeltung von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden (netto) oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben auf. Gegenüber dem Budget fallen sie um insgesamt 9.3 Millionen Franken höher aus.

Table 19: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit dem Kanton Basel-Stadt

in Millionen Fr.	R2007	R2008	R2009	R2010	B2010
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	263	244	243	269	259
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	9.6%	7.9%	8.9%	9.6%	9.6%
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	4	15	26	25	29

Verteilt auf die einzelnen Funktionen respektive Politikbereiche ergibt sich das folgende Bild:

Abbildung 7: Entwicklung von Abgeltungen und Beiträgen an gemeinsame Aufgaben mit BS



Wesentliche Budgetabweichungen sind in den nachfolgenden Bereichen zu finden:

Bildungsbereich (15.5 Millionen Franken über Budget)

+18.8 Millionen Franken	Rückstellung für Ausfinanzierung Pensionskasse Universität Basel
+ 1.4 Millionen Franken	Neukonzeption von Brückenangeboten
+ 0.8 Millionen Franken	Betreuung von behinderten Erwachsenen
- 4.3 Millionen Franken	Lehrerbildungs- und Schulabkommen - gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden (inkl. Rückerstattungen)
- 0.6 Millionen Franken	Handelsschule KV Basel
- 0.6 Millionen Franken	Diverses

Gesundheitsbereich (2.6 Millionen Franken unter Budget)

+ 0.9 Millionen Franken	Universitätskinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag)
- 1.9 Millionen Franken	Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe (inkl. Rückerstattung)
- 0.5 Millionen Franken	Ausserkantonale Hospitalisationen KVG BS
- 1.1 Millionen Franken	Diverses

Volkswirtschafts- und Umweltbereich (2.1 Millionen Franken unter Budget)

- 1.9 Millionen Franken	Basler Verkehrsbetriebe
- 0.5 Millionen Franken	Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen (ARA BS)
+ 0.3 Millionen Franken	Diverses

Kulturbereich

- 0.6 Millionen Franken	Partnerschaftliche Finanzierung von Kulturinstitutionen
-------------------------	---

Sicherheitsbereich (0.9 Millionen Franken unter Budget)

- 0.8 Millionen Franken	Betreute Haft für Jugendliche
- 0.1 Millionen Franken	Diverses

Bei den *Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben* wurden 24.7 Millionen anstatt der budgetierten 26 Millionen Franken für den Neubau des UKBB ausgegeben.

7.5.3 Berichterstattung zur Rechnungslegung von interkantonalen Institutionen

Universitäts-Kinderspital beider Basel

Das UKBB schliesst gemäss Vorabinformation im Jahr 2010 mit einem positiven Ergebnis von rund +2.3 Millionen Franken ab.

Folgende Gründe sind für dieses Resultat verantwortlich:

Stationärer Bereich

Die Pflagetage haben sich nach dem Einbruch im Jahr 2009 wieder erholt, wenn auch nicht ganz auf das Niveau 2008. Die Zunahme bei den Pflagetagen gegenüber dem Vorjahr beträgt 6.1% oder 2'235 Pflagetage (2010: 38'997, 2009: 36'762, 2008: 39'838). Die stationären Fallzahlen erhöhten sich um 1.9%. Damit stieg die Aufenthaltsdauer (nach einer starken Abnahme im 2009) wieder leicht an. Der Ertragsausfall durch die Senkung des Tagessatzes BS/BL von 1'470 auf 1'430 konnte durch die höhere Anzahl Pflagetage mehr als kompensiert und ein Mehrertrag von 1 Million Franken realisiert werden.

Ambulanter Bereich

Die in den Vorjahren beobachtete stetige Zunahme im ambulanten Bereich hat sich im 2010 abgeschwächt. So wurden im Jahr 2010 gleich viele ambulante Konsultationen erbracht wie im 2009. Ausserdem wurde der Taxpunktwert für TARMED-Leistungen ab 1.7.10 gesenkt. Dennoch konnten auch aufgrund von Anstrengungen zur Verbesserung der Leistungserfassung die ambulanten Erträge um 1.8 Millionen Franken gesteigert werden.

Personalkosten

Der Stellenbestand konnte gegenüber dem Vorjahr trotz Mehrleistungen und der zusätzlichen Belastung durch den Umzug um rund 15 Stellen reduziert werden, wobei ein Teil dieser Reduktion z.B. auf die Übernahme von Personal von Kooperationspartnern zurückzuführen ist. Eine notwendige Erhöhung der Zulagen im Bereich der Assistenzärzte, die Zunahme des durchschnittlichen Dienstaltes, neubaubedingte Mehrkosten für aufgelaufene Überzeiten und andere Effekte führten dazu, dass die Kostenminderung durch die Reduktion im Personalbestand kostenmässig wieder kompensiert wurden.

Sachkosten

Die Sachkosten stiegen aufgrund von neubaubedingten Mehraufwendungen an. Aus betrieblicher Sicht konnten die Sachkosten aber trotz Mehrleistungen weitgehend auf dem nach Sparanstrengungen 2009 erreichten tieferen Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Kantonsbeiträge

Im Bereich des stationären Leistungseinkaufs liegen die Kantonsbeiträge auf dem Niveau des Vorjahres. Einer Reduktion der Bruttotagespauschale von 1'470 auf 1'430 Franken pro Tag steht eine starke Erholung der Patientenzahlen insbesondere aus BS gegenüber.

Die Beiträge für übrige Leistungen wurden im 2010 in vollem Ausmass beansprucht (10.4 Millionen Franken).

Die Sonderfinanzierung für den Neubau wurde in den Abgrenzungen im Rahmen der aufgelaufenen Kosten berücksichtigt.

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Per Mitte Februar 2011 geht die FHNW davon aus, dass die Rechnung 2010 bei einem Gesamtaufwand von 386 Millionen Franken mit einem Defizit von 1.6 Millionen Franken abschliesst. Damit bleibt das Jahresergebnis deutlich unter dem budgetierten Verlust von 10.2 Millionen Franken.

Gemäss Staatsvertrag muss die FHNW ein Defizit innerhalb der folgenden drei Jahre kompensieren. Nach heutigem Wissensstand sollte es der FHNW gelingen, per Ende der laufenden Leistungsperiode (31.12.2011) eine ausgeglichene Bilanz ohne Verlustvortrag vorzulegen. Dazu beitragen werden der von den vier Kantonsparlamenten im Dezember 2010 bewilligte ausserordentliche Finanzierungsbeitrag zum Ersatz von Bundessubventionen (LRV 2010/294), die Übertragung der Reserven aus den Vorgängerschulen an die FHNW (LRV 2010/113) sowie die Massnahmen der FHNW in den Budgets der laufenden Leistungsperiode.

Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im zweiten Jahr der Leistungsauftragsperiode 2009-2011 wird dem Landrat mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht 2010 der FHNW mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht).

Im Jahr 2010 konnten termingerecht die Arbeiten für die Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der FHNW abgeschlossen werden. Ab 2011 werden alle Mitarbeitenden der FHNW in einer gemeinsamen Vorsorgelösung bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse versichert sein. Die Zahlungen zum Ausgleich der Deckungslücke sowie zur Abfederung des Übertritts der Versicherten in den neuen Leistungsplan werden periodengerecht der Rechnung 2011 belastet.

Ausserdem hat der Landrat Kenntnis genommen von der Schlussabrechnung aller Gewährleistungspositionen, Forderungen und Rückstellungen aus der Fusionszeit (LRV 2010/113). Damit konnten die offenen Positionen im Rahmen der Übergabebilanzen der ehemaligen FHBB und HPSA-BB bereinigt werden.

Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel führt im Auftrage der beiden Kantone die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, die von den beiden Regierungen festgelegt werden.

Die Rechnung 2010 der MFP schliesst mit einem Aufwand von 8.841 Millionen Franken (Budget: 8.968 Millionen Franken) und entsprechend mit einem Ertrag von ebenfalls 8.841 Millionen Franken (Budget: 8.968 Millionen Franken) ab.

Universität Basel

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (SGS 664.1) führen die Trägerkantone die Universität mit einem Leistungsauftrag. Für das erste Jahr der Leistungsperiode 2010 - 2013 hat der Kanton Basel-Landschaft einen Globalbeitrag von 142.1 Millionen Franken entrichtet (BS: 142.6 Millionen Franken). Das für 2010 budgetierte Defizit wird aller Voraussicht nach geringer ausfallen und kann vollständig mit dem Eigenkapital ausgeglichen werden. Für das Berichtsjahr 2010 liegen zum Zeitpunkt der Erstellung der Landratsvorlage noch keine detaillierten Informationen vor.

Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im zurückliegenden Betriebsjahr wird dem Landrat jeweils mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht der Universität mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht).

Im Anhang zur Staatsrechnung wird für die allfällige Schliessung der Pensionskassendeckungslücke eine Position als Eventualverpflichtung aufgenommen.

In der universitären Finanzplanung noch nicht berücksichtigt ist das nach aktuellem Kenntnisstand hohe Risiko, im Jahr 2012 Bundesmittel aufgrund einer Rechnungsumstellung des Bundes zu verlieren. Mit der neuen Rechnungslegung würde der Universität der Ertrag eines ganzen Beitragsjahres aus dem Universitätsförderungsgesetz (UFG) fehlen (rund 70 Millionen Franken) und die Werthaltigkeit der buchhalterischen Abgrenzung wäre nicht mehr gegeben. Die beiden Trägerkantone BL und BS haben deshalb zusammen mit den Kantonen FR, NE und VD, die ihre UFG-Beiträge ebenfalls periodengerecht abgegrenzt haben, mehrere Vorstösse bei den Bundesbehörden unternommen, um eine ersatzlose Synchronisierung von Beitrags- und Zahlungsjahr durch den Bund zu verhindern.

7.6 Kennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushaltes kann anhand von ausgewählten Finanzkennzahlen (Definition siehe Anhang) beurteilt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Volkseinkommen für die Jahre 2006 bis 2011 auf Prognosewerten basiert, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat. Dies betrifft folgende Kennzahlen: Staats-, Steuer- und Investitionsquote. Weiter ist zu beachten, dass mit der Einführung der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2 die Definition einiger Kennzahlen geändert hat. Um die Zahlen aus der Vergangenheit vergleichbar zu machen, wurden die Kennzahlen der Jahre 2005-2008 ebenfalls gemäss HRM2 berechnet.

Tabelle 20: Finanzkennzahlen

Finanzkennzahlen	2005 Rechnung	2006 Rechnung	2007 Rechnung	2008 Rechnung	2009 Rechnung	2010 Rechnung
Staatsquote	18.3%	16.6%	16.7%	16.8%	16.6%	16.5%
Steuerquote	10.9%	9.9%	9.4%	9.2%	8.7%	8.8%
Selbstfinanzierungsgrad	331.9%	288.2%	166.4%	304.0%	55.7%	-11.6%
Kapitaldienstanteil	5.1%	5.1%	4.8%	4.0%	4.2%	2.9%
Zinsbelastungsanteil	0.3%	0.3%	0.3%	0.1%	0.3%	0.2%
Investitionsanteil	8.4%	7.6%	8.4%	6.1%	7.8%	7.1%
Transferanteil	38.7%	42.0%	42.4%	40.8%	41.2%	40.3%
Nettoverschuldungsquotient	65.8%	65.3%	64.3%	59.8%	33.9%	44.3%
Nettoschuld I in 1'000 Fr.	1'011'290	963'032	949'201	882'809	474'951	654'527
Nettoschuld I in 1'000 Fr. / Einwohner	3.77	3.57	3.50	3.23	1.73	2.37
Selbstfinanzierungsanteil	18.4%	10.5%	8.1%	13.1%	2.7%	-0.5%

Nachfolgend sollen die einzelnen Kennzahlen und deren Veränderungen kurz kommentiert werden:

Nach 2009 fällt die **Staatsquote** zum zweiten Mal gegenüber dem Vorjahr (0.1 Prozentpunkte), da das Volkseinkommen stärker zunimmt als die konsolidierten Gesamtausgaben.

Die **Steuerquote** wiederum kommt in etwa auf dem Niveau des Vorjahres zu liegen, da sich die prozentualen Veränderungen im Volkseinkommen und Fiskalertrag beinahe ausgleichen und somit zu einer kleinen Zunahme der Quote von 0.1 Prozentpunkten führen.

Der auffällige Rückgang des **Selbstfinanzierungsgrades** von 55.7% auf -11.6% ist auf das Defizit in der Erfolgsrechnung zurückzuführen.

Der **Kapitaldienstanteil** fällt um 1.3%, zurückzuführen auf eine Zunahme des betrieblichen Ertrages. Die Wirkung des gesteigerten Zinsaufwandes bei gleichzeitig sinkendem Zinsertrag gegenüber dem Jahr 2009 wird durch die Zunahme des betrieblichen Ertrages übertroffen, der **Zinsbelastungsanteil** sinkt um 0.1%.

Die Abnahme der Bruttoinvestitionen bei gleichzeitiger Zunahme des konsolidierten Gesamtaufwandes hat zur Folge, dass der **Investitionsanteil** um 0.7 Prozentpunkte auf 7.1% sinkt.

Bei gleichbleibenden Transferausgaben und zunehmenden konsolidierten Gesamtausgaben sinkt der **Transferanteil** um 0.9 Prozentpunkte.

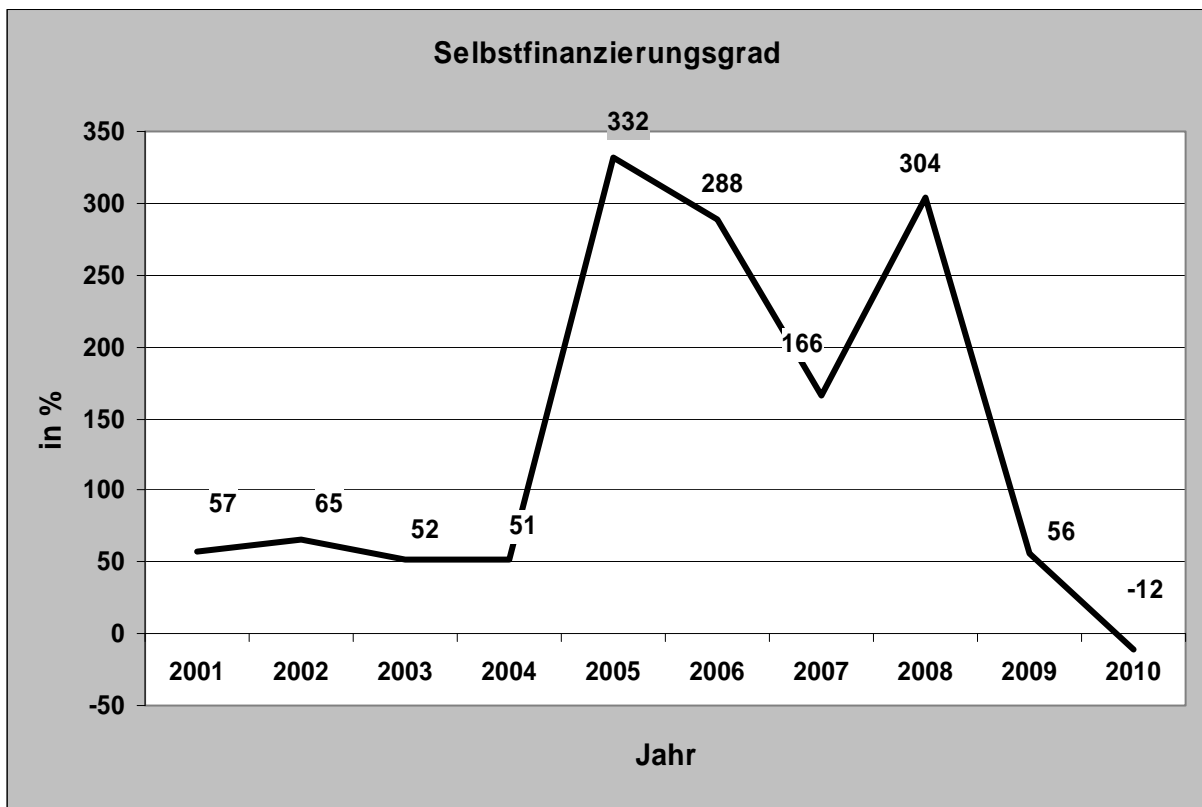
Die Zunahme des **Nettoverschuldungsquotienten** von 33.9% auf 44.3% ist darauf zurückzuführen, dass die Nettoschuld gegenüber dem Fiskalertrag stärker zunimmt und den Quotienten somit um 10.4 Prozentpunkte steigen lässt.

Die Zunahme der **Nettoschuld I** führt trotz gleichzeitigem Bevölkerungswachstum zu einer Steigerung der **Nettoschuld I in Franken / Einwohner** von 1'730 Franken auf 2'370 Franken.

Aufgrund der stark negativen Selbstfinanzierung fällt der **Selbstfinanzierungsanteil** von 2.7% auf -0.5%.

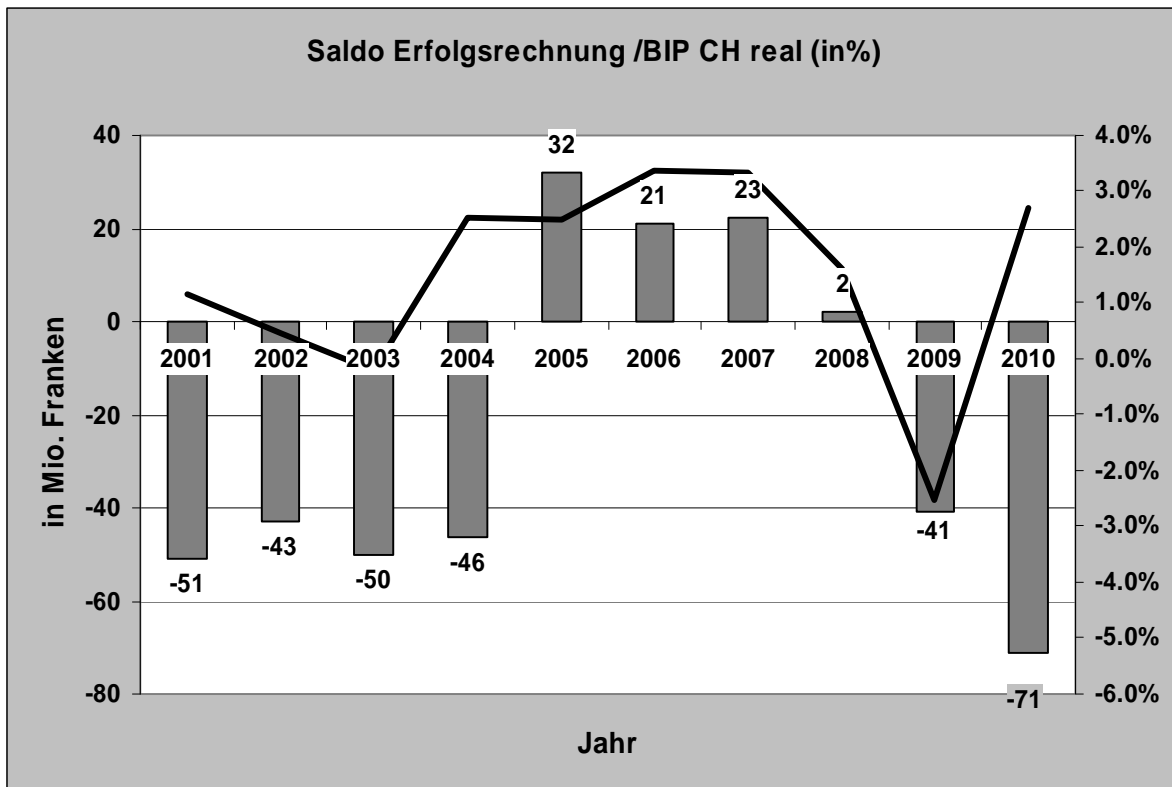
Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand weiterer wichtiger Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 8: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad



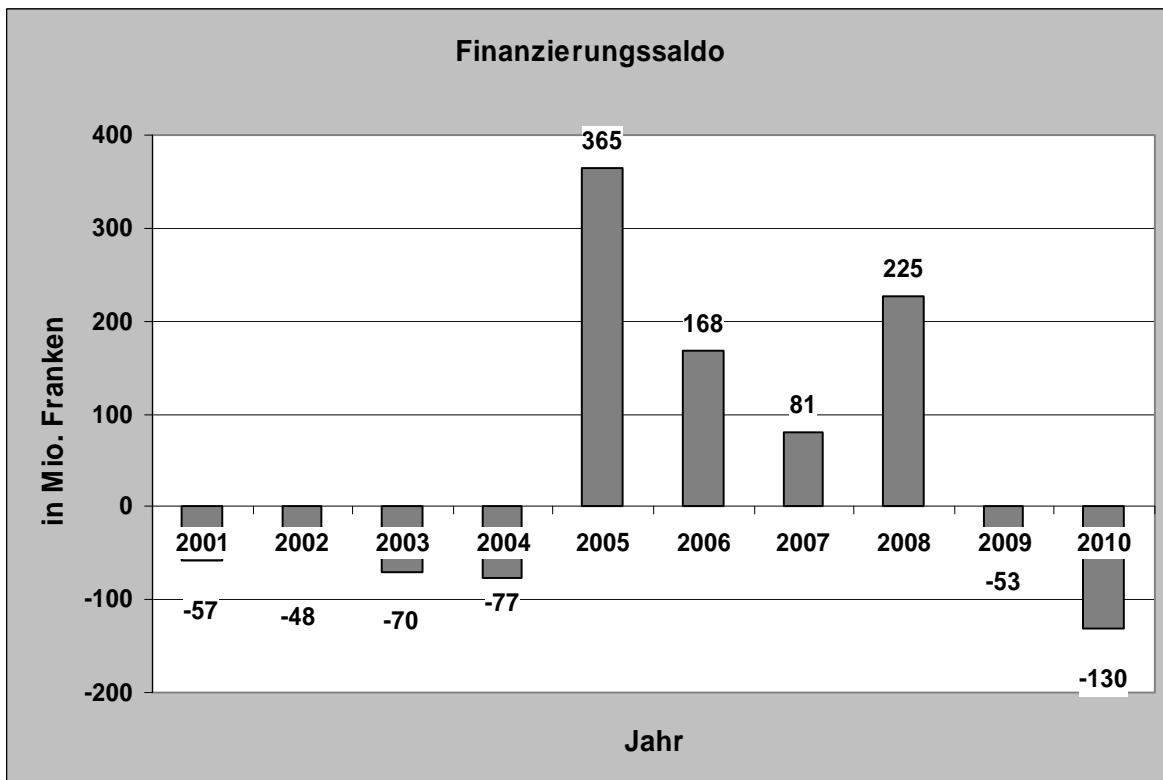
* Die Werte 2001 und 2004 sind nach HRM1 berechnet und nicht direkt mit denjenigen von 2005 bis 2010 vergleichbar.

Abbildung 9: Entwicklung Saldo der Erfolgsrechnung und Wirtschaftswachstum



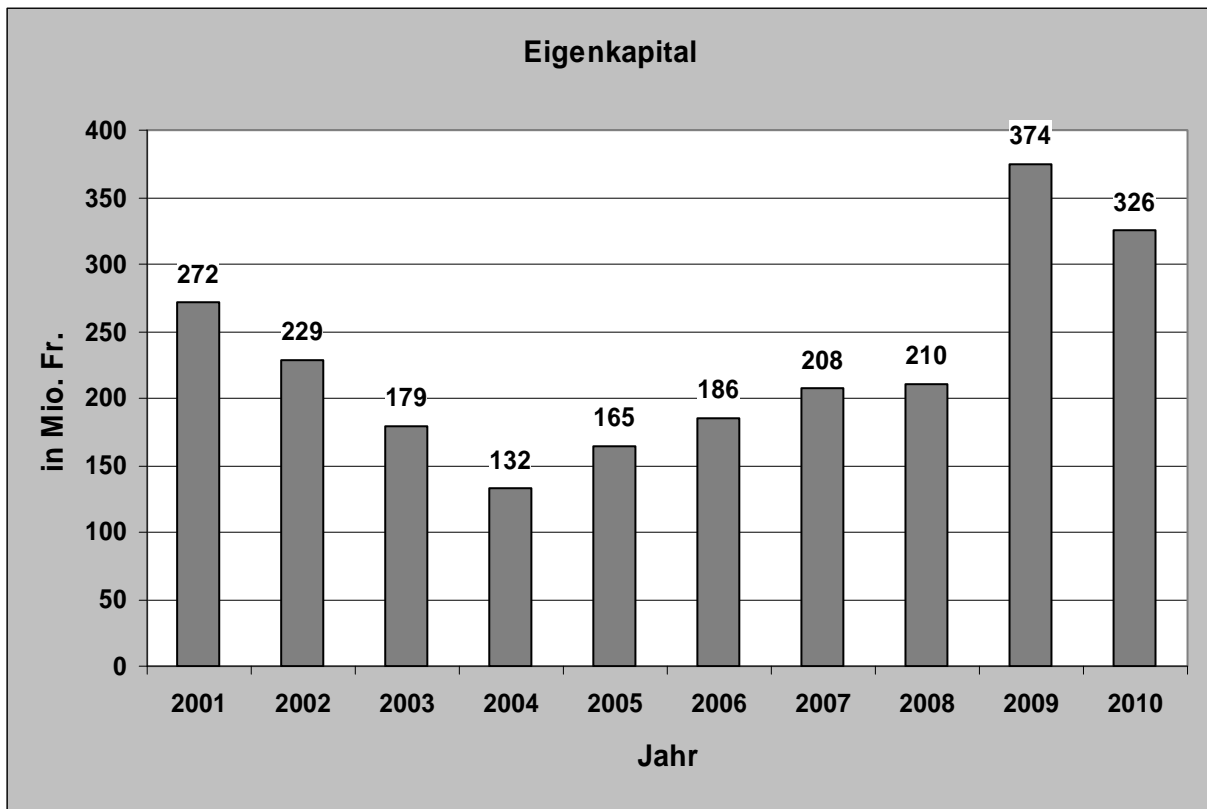
Ab 2009 wird anstelle des Gesamtergebnisses der Erfolgsrechnung das operative Ergebnis ausgewiesen (vgl. Tabelle 1 Gestufter Erfolgsausweis)

Abbildung 10: Entwicklung Finanzierungssaldo



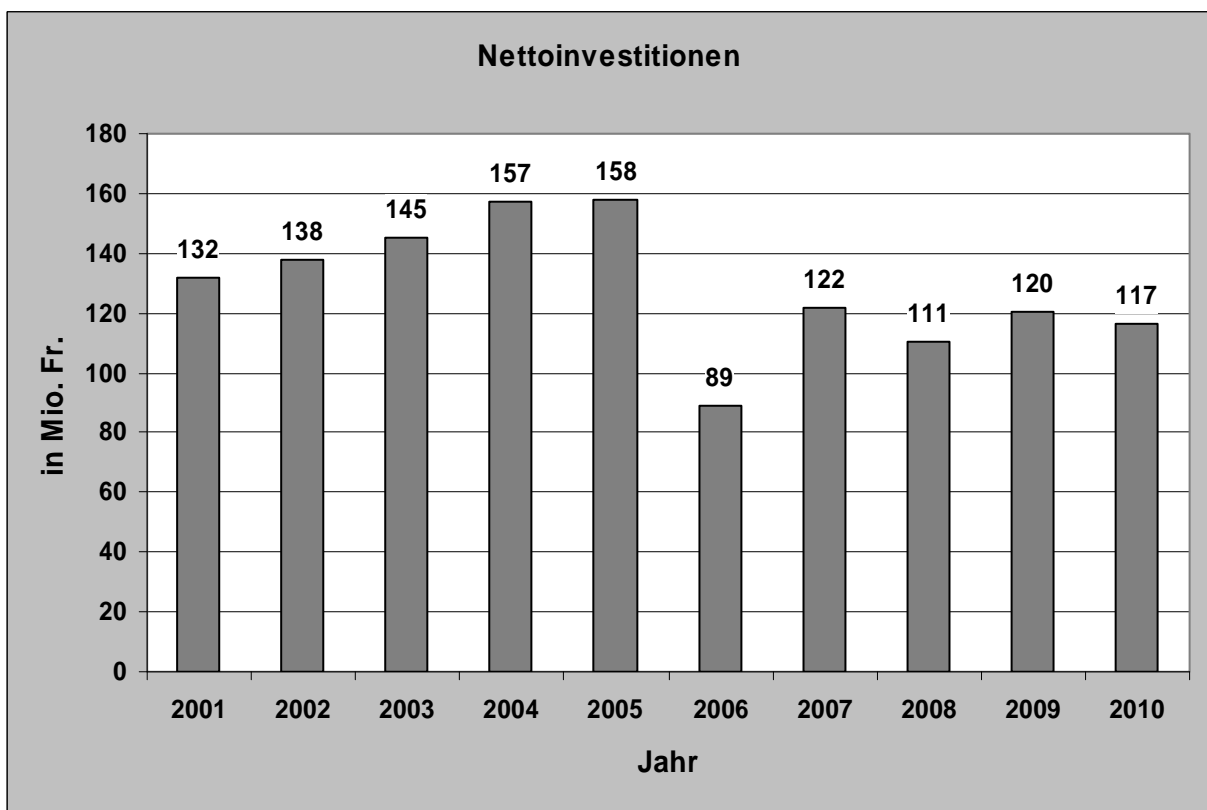
* Die Werte 2001 und 2004 sind nach HRM1 berechnet und nicht direkt mit denjenigen von 2005 bis 2010 vergleichbar.

Abbildung 11: Entwicklung Eigenkapital



Ab 2009 wird nur noch das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse ausgewiesen (vgl. Tabelle 3: Eigenkapitalnachweis).

Abbildung 12: Entwicklung Nettoinvestitionen



7.7 Vermögen und Verbindlichkeiten (Finanzstruktur)

Durch die Einführung von HRM2 als neuem Rechnungslegungsstandard beim Kanton Basel-Landschaft, wird im Anhang zur Staatsrechnung eine **Geldflussrechnung** veröffentlicht. Diese wird auf Basis des Fonds „Geld“ nach der indirekten Methode erstellt und zeigt detailliert auf, wie sich die liquiden Mittel innerhalb des Geschäftsjahres verändert haben und stellt die monetären Zu- und Abflüsse der Bereiche „Betriebliche Tätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“ dar. Die wichtigsten Positionen werden deshalb inskünftig direkt im Anhang geführt und kommentiert.

Ergänzend dazu führen wir im Anhang eine **Veränderungsbilanz** (2009/2010), welche zusätzlich zur Geldfluss-Analyse Kommentare zu den grössten Bilanzpositions-Veränderungen aufzeigt.

Im Bereich der Steuerung der Finanzstruktur wurden im Jahr 2010 einige wichtige Tätigkeiten abgewickelt:

Konstituierung Finanzstrukturkommission

Als Folge der Umsetzung der „Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur SGS 310.13“ wurde die Finanzstrukturkommission (vormals Anlagestrategiekommission) mit einem Regierungsratsbeschluss konstituiert und deren Mitglieder gewählt. Mit dieser Kommission werden folgende Zielsetzungen verfolgt:

- Transparenz der Prozesse und Verantwortlichkeiten
- Bestimmungen zur Vermögensverwaltung (gemäss geltenden Standards)
- Gewährleistung der ganzheitlichen Betrachtung (Vermögen und Schulden)

Aktuell besteht die Kommission aus drei Mitgliedern der Finanz- und Kirchendirektion und zwei externen beratenden Experten.

Die Aufgaben der Kommission können wie folgt zusammengefasst werden:

- Beurteilung vergangener und erwarteter künftiger Entwicklungen der Finanzstruktur und des Finanzmarktes
- Beratung der Aufträge bei Schuldenaufnahmen mit einer Laufzeit von länger als einem Jahr
- Beratung bei der Entscheidungsfindung bezüglich externer Dienstleister
- Beratung der erzielten Anlageresultate und der Tätigkeit der externen Dienstleister
- Vorschlag von Änderungen der Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur
- Anregung (bei Bedarf) über allfällige Korrekturmassnahmen

Sämtliche Entscheidungen im Bereich der Anlagen und Schulden werden von der Finanz- und Kirchendirektion im Rahmen der vom Finanzhaushaltsgesetz vorgegebenen Kompetenzen gefällt. Im Bereich der Anlagen steht dabei die Sicherheit vor der Performance. Die Tätigkeiten der Tresorerie werden regelmässig von der Finanzkontrolle geprüft.

Die Finanzstrukturkommission tagt in der Regel mindestens zweimal jährlich, kann aber bei Bedarf einberufen oder zu Mail-Zirkulations Konsultationen beigezogen werden.

Schuldenfälligkeit per 17. Februar 2010 (200 Millionen Franken)

Auf Basis der Cash Planung im Jahr 2010 wurde beschlossen, die Schuldenfälligkeit per Februar 2010 nach erfolgter Rückzahlung zu neuen Konditionen zu verlängern. Die zum Realisierungszeitpunkt geltenden Zinskonditionen erschienen dabei als sehr vorteilhaft, und eine Überprüfung der Marktsituation hat ergeben, dass sich dafür das Instrument einer Privatplatzierung am besten

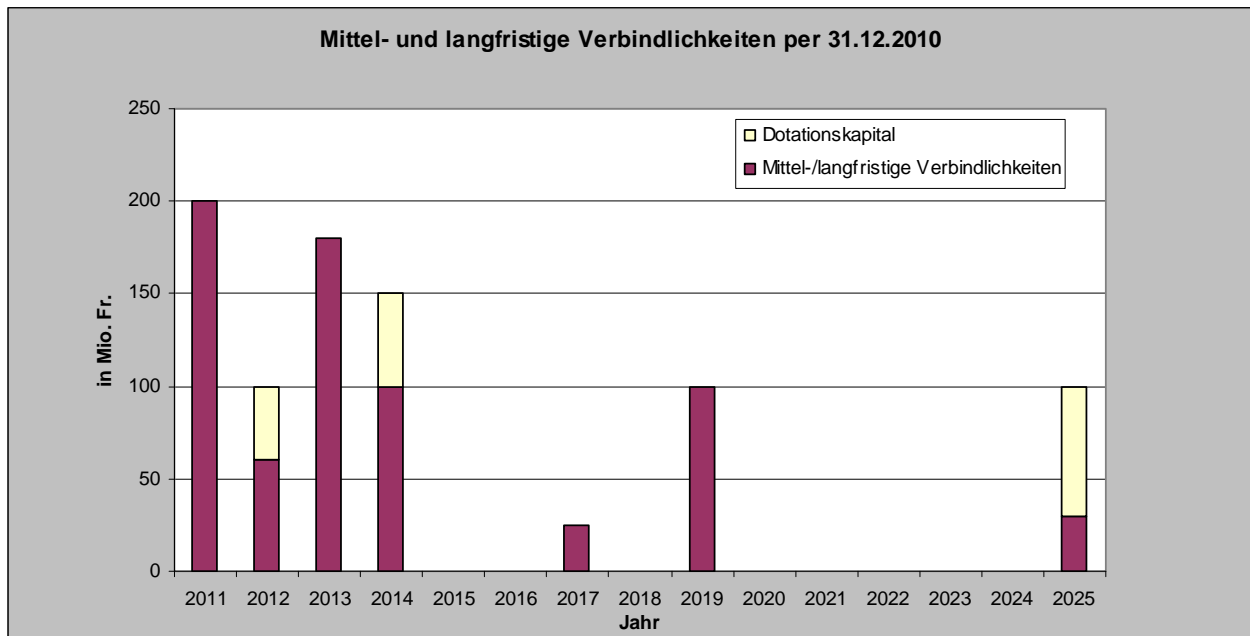
geeignet hat. Die Schuldenaufnahme wurde auf das Fälligkeitsprofil des Kantons abgestimmt und gleichzeitig wurden auch Anforderungen in Bezug auf das Dotationskapital für die BLKB berücksichtigt (70 Millionen Franken der insgesamt 200 Millionen Franken wurden für das Dotationskapital refinanziert).

Die Geldaufnahme konnte Anfang März 2010 erfolgreich realisiert werden. Die entsprechenden Platzierungskosten wurden gemäss Anteilen an der Gesamtsumme zwischen Kanton und der BLKB aufgeteilt. Die Refinanzierung wurde in drei Tranchen platziert, wobei 100 Millionen Franken bis zum Jahr 2019 und zweimal 50 Millionen Franken bis zum Jahr 2025 angelegt werden konnten.

Die Privatplatzierung wurde unmittelbar danach von der Ratingagentur „Standard & Poor's“ mit einem „AAA“ Rating versehen.

Daraus ergibt sich per Ende 2010 folgende neue Fälligkeitsstruktur:

Abbildung 13: Entwicklung Fälligkeitsstruktur



Asset-Liability Management

Gemäss der Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur, beauftragt die Finanz- und Kirchendirektion periodisch die Erarbeitung einer Asset-Liability Management Studie (ALM). Innerhalb der Kommission wurde beschlossen, dies einmal jährlich zu veranlassen. Die Finanzverwaltung hat dafür ein spezialisiertes unabhängiges Unternehmen beauftragt.

Als Planungsbasis der Liquiditätsströme wurden sämtliche existierenden Planinstrumente des Kantons berücksichtigt, es sind dies namentlich das Budget, die Finanzplanung und die Investitionsrechnung. Die nicht liquiditätswirksamen Vorgänge wurden ausgeschieden. Zudem wurde das Fälligkeitsprofil der Verschuldung analysiert und auch Daten über Konjunkturprognosen, basierend auf dem BAK Modell, für verschiedene Szenarien miteinbezogen.

Die Präsentation der ALM Studie zeigte dabei folgende hauptsächlichen Resultate:

- Das ALM im Bereich der öffentlichen Hand beschränkt sich auf die Glättung der Liquiditätserfordernisse. Taktische Zinsentscheidungen spielen dabei keine wesentliche Rolle, sind aber trotzdem zu berücksichtigen
- Das Primat liegt bei der Schuldenbewirtschaftung
- Die Vermögensanlage im Finanzvermögen (Gold-Mandat) wird minimiert
- Für kantonsfremde, zweckgebundene Fonds sind separate ALM-Überlegungen anzustellen und vermischte Vermögen aufzutrennen (Pool-Vermögen)

Performance Gold-Mandat im Jahr 2010

Die schon seit längerer Zeit eingeleitete und durch die neue ALM Studie bestätigte Strategie der fristenkongruenten Verflüssigung des Gold-Mandates hat im Jahr 2010 dazu geführt, dass die Verzinsung der Cash Bestände im Verhältnis zu den Obligationen an Gewicht gewonnen hat. Trotz dem enormen Druck auf den Zinsen der Kapitalmärkte konnte eine Netto-Rendite von über 1% und ein Mittelzufluss von über 2.5 Millionen Franken erwirtschaftet werden. Die vorsichtige Risikopolitik im Anlagebereich hat sich erneut bewährt, Verluste konnten vermieden werden. Die Duration (Laufzeit) der Obligationen liegt bei maximal 3.5 Jahren, was potentielle Risiken überschaubar und kontrollierbar macht. Die Gegenparteien sind allesamt von einer guten Bonität und allfällige diesbezügliche Veränderungen werden durch das implementierte Controlling rechtzeitig erkannt, um Gegenmassnahmen einleiten zu können.

8. Beteiligungen

8.1 Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge aus Beteiligungen

In der folgenden Tabelle sind die in der Rechnung 2010 angefallenen Aufwendungen für den Leistungseinkauf bei Beteiligungen und die Erträge aus den Beteiligungen zusammengestellt:

Tabelle 21: Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge von Beteiligungen

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in Franken	Ertrag in Franken
ARA Rhein AG	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	1'635'368	
Autobus AG	Abgeltungen Dividende	5'538'666	6'642
Baselland Transport AG	Abgeltungen	34'690'000	
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	4'710'871	40'000'000 3'500'000 4'710'871
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag	51'008'102	
Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	Beitrag	110'000	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	24'223	
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	950'741	
Kraftwerk Augst AG	Dividende		200'000

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in Franken	Ertrag in Franken
Kraftwerk Birsfelden AG	Wasserzinsen Anteil BL und Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Dividende	77'840	300'000
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		12'000
MCH Messe Schweiz AG	Investitionsbeitrag Messezentrum Dividende	10'000'000	188'500
NSNW AG	Dividende		240'000
ProRhen AG	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	2'329'340	
Schweizer Rheinsalinen AG	Dividende Regalien Konzession Ausschüttung Freie Reserven		696'000 87'475 239'308 1'073'647
Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft	Betriebskostenbeitrag und Beitrag an Erweiterungsbau	422'430	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		58'195'445 12'390
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'230'600
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufwand Vollzug Prämienverbilligung (121.1 Millionen Franken) Verwaltungsaufwand Ergänzungsleistungen (157.2 Millionen Franken)	1'402'078 4'314'389	
Stiftung Interkantonale Försterschule	Beitrag	31'607	
Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz	Abgeltung an das Konkordat Rückerstattungen des Konkordats bzw. anderer Kantone	9'327'000	5'396'000
Swisslos	Gewinnausschüttung		14'463'643
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Beitrag	5'657'158	
Universität Basel	Leistungsauftrag	142'100'000	
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Leistungseinkauf	15'847'338	
Waldenburgerbahn AG	Abgeltungen	1'890'000	
TOTAL		292'067'151	133'552'521

8.2 Änderungen bei den Beteiligungen

Neubewertung von Beteiligungen

Bis und mit Staatsrechnung 2009 wurden die Beteiligungen, an welchen der Kanton mit Anteilscheinen oder Aktien beteiligt ist, mit einem „pro memoria“ Franken in der Bilanz geführt. Anschaffungswert und Wertberichtigung waren nicht ersichtlich. Einzig das Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank wurde mit 160 Millionen Franken bilanziert. Gründe dafür waren unter anderem, dass Beteiligungen im Verwaltungsvermögen nicht veräusserbar sind und keine Rendite abwerfen müssen. Beteiligungen im Verwaltungsvermögen erfüllen zudem Verwaltungsaufgaben.

Mit der Einführung von SAP werden die Beteiligungen neu in der Anlagebuchhaltung geführt und somit erübrigt sich die Führung eines „pro memoria“ Frankens, da die Beteiligungen trotz eines Restbuchwertes von null in der Anlagebuchhaltung erhalten bleiben. Aus diesem Grund wurden alle Beteiligungen, mit Ausnahme des Dotationskapitals der Basellandschaftlichen Kantonalbank, auf null abgeschrieben. Im Projekt „Restatement“ stellte sich die Frage, ob eine Aufwertung einer Beteiligung auf ihren Nominalwert angezeigt ist.

Aus Transparenzgründen und um das "True and fair view" Prinzip zu gewährleisten, werden im Abschluss 2010 alle Beteiligungen im Verwaltungsvermögen, welche eine Rendite aufweisen, auf den Nominalwert aufgewertet. Die Anwendung dieser Regel zeigt, dass bei folgenden Beteiligungen eine Aufwertung im Total von 38'964'697 Franken per 31.12.2010 gemacht werden muss:

Tabelle 22: Neubewertung von Beteiligungen

Beteiligung	Nominalwert
Schweizer Rheinhäfen	19'080'197
Kraftwerk Augst AG	5'000'000
Kraftwerk Birsfelden AG	7'500'000
Schweizer Rheinsalinen AG	348'000
NSNW AG	3'000'000
Schweizer Nationalbank	206'500
Landwirtschaftliche Trocknungsanlage LTA AG	60'000
MCH Messe Schweiz AG	3'770'000
Total	38'964'697

Übertragung von Beteiligungen

Genossenschaft für Tankanlagen Baselland

Im Jahr 2010 wurde die Genossenschaft für Tankanlagen Baselland an die Schweizerischen Rheinhäfen übergeben. Die Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft haben seinerzeit im Auftrag des Kantons einen Anteilschein im Wert von 1'000 Franken an der Genossenschaft für Tankanlagen Baselland erworben. Im Staatsvertrag zur Gründung der Schweizerischen Rheinhäfen wurde der Verbleib der Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft nicht geregelt. Im Hinblick auf die Verwaltungseffizienz und das Beteiligungsmanagement macht es Sinn, den Anteilschein an die Schweizerischen Rheinhäfen zu übertragen.

9. Projektfonds

Aus dem Projektfonds können professionelle Analysen und Begleitungen in Gemeindefusions- und Gemeindezusammenarbeitsprojekten unterstützt werden. Der Projektfonds wurde mit der neuen Finanzausgleichsverordnung, welche per 1.1.2010 in Kraft getreten ist, geschaffen. Er wurde mit einer einmaligen Einlage von 300'000 Franken aus dem bisherigen Ausgleichsfonds geöfnet. Sind die 300'000 Franken aufgebraucht, findet keine weitere Äufnung statt und der Fonds wird aufgehoben. Im Jahr 2010 wurde eine Synergiepotentialanalyse für die Gemeinden im Waldenburgerthal mit einem Beitrag von 28'000 Franken unterstützt.

10. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 22. März 2011

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Jörg Krähenbühl

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Entwurf
Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2010

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2010 bestehend aus der Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz sowie der Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2010 wird Kenntnis genommen.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Landratspräsident:

Der Landschreiber: